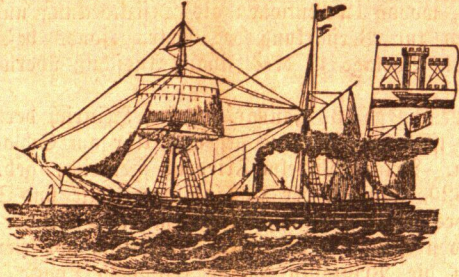


Memeler Dampfboot.

„Memeler und Grenz-Zeitung.“

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-
und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
prænumerando 3 Mark,
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten
3 1/2 Mark.
Für Rußland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-
Spaltzeile von Abonnenten mit 15 R.-Pf.,
von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit
20 R.-Pf. berechnet.

Reclamen pro 1spaltige Petitzeile 25 R.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt,
sind spätestens bis Nachmittags 2 Uhr
einzuliefern.

Belag-Exemplare kosten 10 R.-Pf.

N^o 12.

Memel, Mittwoch, den 15. Januar.

1879.

Tages-Chronik.

Den 15., Vorm. 10 Uhr, auf dem Kreisgerichte
Verkauf des Besitzes Alfred Scharffenorth'schen Grund-
stücks Nr. 818 und 1896.

Die Strafgewalt des Reichstages.

Hervor aus den fernsten Winkeln der publicistischen
Nüßtkammer, hervor aus den entlegensten Räumen der
parlamentarischen oder richtiger unparlamentarischen
Artenale kommen sie nun herangestürzt, die schneidigsten,
verwundendsten Kampfworte. Mit einer Leidenschaft
wie kaum ein anderer Gesetzentwurf vor ihm, wird die
Vorlage des Reichskanzlers, betreffend die Disciplinar-
gewalt des Reichstages über seine Mitglieder, kritisiert.
So hart ist weder der erste noch der zweite Entwurf
eines Sozialistengesetzes begrüßt worden.

Mit besonderem Interesse, mit ungewöhnlichem Eifer
stürzt sich die Presse des Auslandes auf das von Friedrichs-
ruh aus ausgeworfene Thema. Am Freitag und Sonn-
abend brachten sämtliche Wiener, Pariser und Londoner
Blätter Artikel über die dem Deutschen Bundesrath
unterbreitete Vorlage. Es erklärt sich das nicht etwa
bloß aus dem Umstande, daß bei der augenblicklichen po-
litischen Dürre, bei dem Mangel an sonstigem Diskussions-
stoff die Blätter froh sind, eine erörterungswürdige Frage
zu finden. Die Dürftigkeit des politischen Lebens und
Schaffens hat in den letzten Tagen nachgelassen, Oester-
reich hat an der Reactivierung des Ministeriums Auers-
perg, Frankreich an den in Folge der Senatswahlen sich
vollziehenden politischen Wandlungen, England an seinem
wirtschaftlichen rapiden Niedergange, an dem Afghanischen
Kriege, an der Erkrankung Beaconsfields, an den Ver-
wicklungen mit Rußland genug zu denken und zu debattieren.

Aber eine Aenderung in den Formen und Rechten
des Parlaments, wenn sie vorläufig auch nur in Deutsch-
land vorgenommen wird, ist eine internationale An-
gelegenheit, wird als solche empfunden. Die Wiener
und Pariser Politiker mögen nicht in Deutschland ein
Beispiel gegeben sehen, auf das sich geeigneten Falles
ihre Regierungen berufen könnten. Daher der Pathos,
mit dem die Wiener Blätter über das „Maulkorbgesetz“,
über die parlamentarische „Strafkammer“ und dergleichen
Leitartikeln, daher die Kraftausdrücke in den Französischen
Blättern.

Uns scheint, als sei die glühende Entrüstung der
vorgeschrittenen Blätter vorläufig noch etwas verfrüht.
Die Vorlage des Reichskanzlers hat noch nicht die Ge-
nehmigung des Bundesrathes. An diese wichtige, im
gegebenen Falle besonders wichtige Instanz, ist bei der
eifrigen Diskussion noch gar nicht gedacht worden. Fürst
Bismarck selbst, der geistige Urheber des Entwurfes, wie
er jetzt vorliegt, kann loyaler Weise sein Elaborat zur
Zeit eben nur als einen Vorschlag, als einen im Bundes-
rath zur Diskussion gestellten Plan ansehen, der erst
dann zu einem von ihm zu verteidigenden Gesetzentwurf
wird, wenn der Bundesrath ihn genehmigt. Man er-
wartet die Vorlage, wie sie eben ist, eine Verfassungs-
änderung. Das wird offiziellerseits auch gar nicht be-
stritten. Für eine Verfassungsänderung muß im Bundes-
rath eine Zweidrittelmajorität vorhanden sein. Vierzehn
Stimmen genügen, um sie zu verhindern. Nun wird
heute schon bekannt, daß die Vertreter von Baden gegen
den Entwurf in seiner heutigen Gestalt stimmen würden,
daß im Schooße der Sächsischen Regierung noch erheb-
liche Zweifel über das Verhalten der neuen Vorlage
gegenüber obwalten, daß die Vertreter der freien Städte
eine ablehnende Haltung einnehmen werden. Auf das
alles hat der Reichskanzler, der die legislatorischen Fak-
toren wahrlich genau kennt, zuverlässlich gerechnet. Er
hat eben seine Idee zur vorläufigen Diskussion gestellt,
ohne zu wünschen oder zu erwarten, daß man die Wei-
stiftung schon für das fertige Bild ansehen und kriti-
sieren, den ersten Plan bereits für die Ausführung nehmen
und als solche kritisieren werde.

Die „Köln. Zeitung“, ein dem Reichskanzler sehr
nahe stehendes, viel näher als irgend ein zweites Blatt
in Deutschland sagt: „Wenn jener Gesetzentwurf ange-
nommen werden sollte, so müßten nicht weniger als drei
Artikel der Reichsverfassung aufgehoben werden, nämlich

Artikel 22 („Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen
in den öffentlichen Sitzungen des Reichstages bleiben
frei“), Artikel 27 („der Reichstag — regelt seinen Ge-
schäftsgang und seine Disciplin durch eine Geschäftsord-
nung“), Artikel 30 („Kein Mitglied des Reichstages darf
zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen
der in Ausübung seines Berufs gethanen Aeußerungen
gerichtlich oder disciplinarisch verfolgt oder sonst außer-
halb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.“)

Unseres Erachtens läßt sich von den Vorschlägen
des Entwurfes mit einiger Aussicht auf Annahme nur der
jenige Theil zur parlamentarischen Verhandlung stellen,
welcher einleuchtende Konsequenzen des Sozialdemokraten-
gesetzes, die auf dessen Wirkungskreis beschränkt sind,
zieht und namentlich „zum Fenster hinaus gehaltene“
Brandreden zu verhindern geeignet ist. Hierbei würde
jedoch die Ueberweisung an die ordentlichen Gerichte aus-
zuschließen sein und die Bestrafung innerhalb des Hauses
bis zur Entziehung des Mandats für die jemalige Legis-
laturperiode genügen müssen. Sie würde auch ihrem
Zwecke vollständig genügen können. Der Weg, der am
besten zu dem gewünschten Ziele führen würde, wäre
die Einsetzung einer parlamentarischen Disciplinarkom-
mission, die wir mehrfach schon aus anderen Gründen,
namentlich zur Abwehr von Verleumdungen, befürwortet
haben.

Die Anregung zu einer zweideutigen Aende-
rung der Geschäftsordnung kam von dem vorliegenden
Gesetzentwurf hergenommen werden; der Entwurf selbst
wird, das läßt sich mit Sicherheit behaupten, in seiner
jetzigen Gestalt nimmer Gesetz werden, weder in dem ge-
genwärtigen noch in einem etwa aus Neuwahlen hervor-
gehenden Reichstage.

Politische Uebersicht.

r. Memel, den 14. Januar.

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses am
11. war eine ziemlich stürmische. Bei Titel 2 (Unter-
staatssekretär) eröffnete Abg. Dr. Petri (Alt-katholik) die
Kulturkampfdebatte mit einem Angriff auf die Haltung
des Centrums. Dieselbe stehe in Widerspruch mit dem
kanonischen Recht und sei keine sehr friedfertige. Der
moderne Kulturstaat müsse Hoheitsrechte über die Reli-
gionsgesellschaften ausüben können. Abg. v. Schorlemer
(Alt) widerlegt Punkt für Punkt die Aeußerungen des
Vorredners und unterzieht daneben die kirchenpolitischen
Maßregeln einer sehr scharfen Kritik, wobei er u. a.
bemerkt, die Ausweisungen Preussischer Untertanen wegen
ihres Glaubens seien eine Schande für Europa. Zum
Schluß bemerkt Redner, das hoffentlich bald alle Alt-
katholiken zur alleinseligmachenden Kirche zurückkehren
würden. Bei Titel 2 beklagen sich die Abgg. v. Fürth,
Dr. Berger, Windthorst (Meppen) und Franzen über
Benachtheiligung katholischer Universitäten und ta-
tholischer Studenten; Minister Falk und Reg.-Com.
Göppert treten diesen Beschwerden jedoch entgegen. Bei
Kap. 114a (Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten)
kritisieren die Abgg. Dautenberg, Schröder (Lippstadt),
und Schorlemer (Alt) die Thätigkeit dieses Tribunals,
und verlangen Beseitigung der Position, wogegen Mi-
nister Falk zu Gunsten derselben eintritt; den Beschwerden
der Centrumsmitglieder schließt sich auch der
altkonservative Abg. Freiherr von Hammerstein an.
Im Laufe seiner Ausführungen bemerkt Herr
v. Schorlemer, daß der katholische Herr v. Jordan-
beck den Gottesdienst in evangelischen Kirchen besucht;
nachdem die Abgg. Dr. Lasker, Tschow und Lipke den
Thatbestand klar gestellt, daß nämlich der Besuch der
evang. Nicolaiskirche seitens des Herrn v. Jordanbeck in
seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister bei Gelegenheit
der Einweihung jener Kirche erfolgt sei, zieht Herr
v. Schorlemer seinen Vorwurf zurück. Bei Kapitel
115 (Evangelischer Oberkirchenrath) fragt Abg. Lipke
den Kultusminister, ob die Berufung der Herren
Rögel und Baur in diesen Oberkirchenrath einen
Wechsel des Systems herbeiführen werde. Der Mi-
nister antwortet nicht, dagegen entspinnt sich zwischen
den Abgg. Schumann (Brandenburg), Dr. Birchow,
Windthorst (Meppen), v. Minnigerode, Dr. Miquel und

Dr. Brühl eine kurze Debatte über die Zulässigkeit dieser
Anfrage und einige andere Punkte. Hervorzuheben ist,
daß Herr v. Minnigerode der Centrumpartei versprach,
für die Selbstständigkeit der katholischen Kirche einzut-
reten. — Die Kap. 116—123 werden ohne größere
Debatten genehmigt.

Nach der zwischen der Oesterreich-Ungarischen und
der Italienischen Regierung getroffenen Vereinbarung
über die provisorische Regelung ihres Handelsvertrags-
Verhältnisses bleibt für die Provinzen Oesterreich-Un-
garns und der übrigen Staaten, welche die Rechte der
meistbegünstigten Nation genießen, also auch Deutschlands,
der seitherige Italienische Conventionaltarif bis Ende
Januar 1879 in Kraft. Mit dem 1. Februar d. Js.
tritt der neue Italienische Zolltarif mit denjenigen Modi-
fikationen, welche in dem neuen Handelsvertrag zwischen
Italien und Oesterreich-Ungarn vereinbart sind, für die
Provinzen Deutschlands und der übrigen Staaten in
Kraft, welche die Rechte der meistbegünstigten Nation
Italien gegenüber genießen.

Frankreich frohlockt. Der Tunisische Streit ist durch
die Nachgiebigkeit des Bey, der alle Punkte des Ultima-
tums bedingungslos annahm, als beigelegt zu betrachten.
Man erfährt, daß für einen Augenblick die Gefahr sehr
ernst schien. Nur dem energischen Vorgehen der Fran-
zösischen Regierung ist der für Frankreich ehrenvolle Aus-
gang zu danken. Waddington, der in letzterer Zeit fast
unpopulär gewordene Minister des Auswärtigen, ist jetzt
auf einmal der beliebteste Mann des Landes. Wie in
anderen Ländern, so spricht auch in Frankreich das letzte
Wort stets der Erfolg.

Der Generalgouverneur von Polen, Graf Rogebue,
war in den letzten Tagen des vergangenen Jahres in
Petersburg und verkündete bei seiner Rückkehr, daß der
Kaiser genehmigt habe, in den Polnischen Städten die
Russische Städteordnung einzuführen. In Warschau wird
der künftige Staatsrath aus 72 Mitgliedern bestehen.
Sämmtliche Wähler sind nach der Höhe der zu entrich-
tenden Steuern in drei Klassen eingetheilt, von denen
jede 24 Stadträthe wählt. Zur ersten Klasse gehören
die höchstbesteuerten Wähler, deren Zahl jedoch hundert
nicht überschreiten darf. Die zweite Klasse umfaßt 4000,
die dritte etwa 8000 Bürger, wie hoch der Census ist,
der überhaupt das Wahlrecht begrenzt, ergibt sich daraus,
daß die Stadt Warschau 280,000 Einwohner zählt. Der
Stadtrath wählt den Magistrat, der aus 5 Mitgliedern
besteht. Mit dieser Städteordnung läßt sich schon etwas
anfangen, vorausgesetzt, daß sie von einsichtigen und
opferwilligen Organen getragen ist.

Die neuliche Klage des Standard-Correspondenten in
Indien, daß die Kurum-Kolonie des Generals Roberts
zu schwach sei, um allen Aufgaben zu genügen, war, wie
sich jetzt herausstellt, sehr begründet. General Roberts,
der mit dem neuen Jahre eine Expedition nach der Land-
schaft Khost unternahm und den dortigen Afghani-
schen Gouverneur Mohamed Akran Khan zur Capitulation und
zur Uebergabe des Forts bei Mattoond zwang, mußte,
wie officiell aus Calcutta telegraphirt wird, in Folge der
Bedrohung seiner Flanken durch die Mongols, nach
Kurum zurückkehren und seine Truppen concen-
trieren. Nach einer Mittheilung der Daily News
befinden sich bereits 35 000 Mann in Afgha-
nistan und an dessen Grenzen, und jetzt eben wird in
Lawrencepore hinter Attock ein Reservecorps aus zwei
Europäischen und drei Indischen Infanterie-Regimentern
gebildet, welches, je nach Erforderniß, zur Verstärkung
der Khyber- oder der Kurum-Colonne disponibel sein wird.

Deutsches Reich.

△ Berlin, 11. Januar. [Parlamentarisches].
Die Kulturkampfdebatten haben auch ihre guten Seiten.
Als ob man die ganze Kraft für die bevorstehenden
Kämpfe brauchte, paßirt so manche kleine Vorlage das
Haus, ohne die Nerven eines Spezialisten aufzuregen,
wenn im Hintergrunde der Tagesordnung das Kultur-
kampfgespenst lauert. Das Grundbuchwesen in Ehren-
breitstein und Schleswig-Holstein hatte schnell seine Er-
ledigung gefunden, als Herr Petri sich beeilte, anlässlich
der Debatte über das Gehalt für den Unterstaatssekretär

im Ministerium des Kultus ein Loblied auf die gleiche Gerechtigkeit des confessionslosen Staates anzustimmen. Er pries die Gattfreiheit, welche Preußen den Hugenotten und den Ziller-Thalern erwiesen, und bezeichnete es als eine anmaßliche Forderung der Römisch-katholischen Kirche, dem Staate sich koordinieren zu wollen. Herr Petri hatte das Unglück, daß unmittelbar nach ihm Herr v. Schorlemer-Mst sprach und das begonnene Lied, wenn auch aus anderer Tonart, weiter sang. Die Aufnahme der Hugenotten hat in der Ausweisung Deutscher Staatsangehöriger ein eigenartiges Gegenstück, und Herr v. Schorlemer verfehlte nicht, dem letzteren die passende Beleuchtung zu geben. Nun ist dieses Vorgehen gerade des Herrn Petri nicht, der alljährlich Veranlassung nimmt, die Dekumenzität des vatikanischen Konzils in Abrede zu stellen und zu behaupten, daß die Römisch-katholische Kirche durch das Vatikanum eine andere geworden sei. Neu ist auch nicht, was ferner an Klagen vorgebracht wurde: daß die Katholiken es als einen Eingriff in ihre Gewissensfreiheit betrachten müßten, wenn die Spendung der Sakramente unter Strafe gestellt, wenn die Studierenden der katholischen Theologie gezwungen würden, vor einem Alt-katholischen Professor ein Examen abzulegen, und dergleichen mehr. Daß die Positionen für den kirchlichen Gerichtshof vom Centrum nicht bewilligt wurden, ist selbstverständlich. Die Beschwerde, daß in diesem kirchlichen Gerichtshof kein einziger Römischer Katholik sei, kann nur schmalen Trost in der Erwiderung finden, daß dieser Gerichtshof auch über die evangelischen Geistlichen zu erkennen habe. Einen Vorwurf gegen Herrn von Jordanbeck, daß dieser eine protestantische Kirche besucht, zog Herr v. Schorlemer-Mst loyal zurück, nachdem er erfahren, daß dieser Besuch in Vertretung des Berliner Magistrats zur Feier der Wiederkehr des Kaisers erfolgt sei. Die Hofprediger-Frage wurde bei dem Etat des Oberkirchenraths akademisch erörtert. Herr Windthorst-Meppen bestritt und Herr Birchow behauptete, daß die Ernennung von Oberkirchenrathsmitgliedern vor das Forum des Abgeordnetenhauses gehöre — der Herr Minister und seine Räte hörten schweigend zu. Die Positionen wurden sämtlich bewilligt.

Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet am Dienstag Vormittag 10 Uhr statt. In der kommenden Woche wird man voraussichtlich Abend-sitzungen zu Hilfe nehmen, um die dringlichsten landwirtschaftlichen und Justizvorlagen zu erledigen.

Die päpstliche Enzyklika, welche selbstverständlich von der Deutschen Presse eingehend besprochen wird, giebt der letzteren wieder einmal Gelegenheit, die ziemlich allgemeine Urtheilslosigkeit in helles Licht zu stellen, welche bei uns in Bezug auf alle Dinge herrscht, die den Vatikan angehen. Das Verhalten unserer Kulturkämpfer dem Papst gegenüber erinnert recht lebhaft an die Hexenprozesse. Wer der Hexerei beschuldigt war, dem wurde Alles zum Uebel ausgelegt. Folterqualen erpreßten ein Geständniß, und das war beweisend; oder Standhaftigkeit überwand die Folterqualen, so konnte das nur mit Teufels Hilfe geschehen sein, und war wiederum beweisend. Der Scheiterhaufen wurde unter allen Umständen angezündet. — Eben so geht es, sans comparaison, heute mit dem Papst: Seine friedlichen Worte gelten als Verlockungen und Hinterhalte, seine energischen Worte gelten als Drohung und Anmaßung, und unter allen Umständen erschallt das „caveto!“ — man vergiftet ganz, daß kein Souverain so wenig Spielraum für individuelle persönliche Politik hat, wie der Papst. Eine Jahrtausend alte, in ununterbrochener Tradition unverbrüchlich festgehaltene Politik will ihm kategorisch seinen Weg an. Es ist geradezu undenkbar, daß ein Papst diese Bahn verlasse; es ist undenkbar, weil es ihm verboten ist und keinerlei Anreiz existiert, dieses Verbot etwa zu übertreten. Der Unterschied zwischen einem friedfertigen und einem kampflustigen Papst besteht thatsächlich nur in der Form, welche den Verkehr erleichtern oder erschweren kann, sachlichen Spielraum aber in alle Wege nicht läßt! Wir verkennen den Werth der gefälligen Form keineswegs, und gerade deshalb wünschen wir, daß auch auf der anderen Seite diese Form gewahrt und auch nicht durch den Wunsch „dilatorischen Verhandeln“ Erbitterung hervorgerufen werde.

Der Reichsanzeiger publiziert heut 2 auf Grund des Sozialistengesetzes erlassene Verbote. Dieselben beziehen sich auf die fernere Verbreitung der in Neumünster-Zürich herausgegebenen, in der Schweizerischen Vereins-Buchdruckerei Hottingen-Zürich gedruckten periodischen Druckschrift: „Die Tagewacht“ und auf die im Jahre 1873 in der Buchdruckerei von R. Korb in Groß-Steinheim erschienene Sammlung von 5 Volksgesängen von einem Braunschweiger Arbeiter J. Audorf jr., Gustav Riesling, Georg Herwegh und J. Audorf aus Hamburg.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 13. Januar. Nachdem der Schriftsteller Friedrich Robert Mücke schon früher ausgewiesen, sind in den letzten Tagen auf Grund des Sozialistengesetzes aus Berlin ausgewiesen worden: Schankwirth Otto Dittmer, Kaufmann Oskar Niedlich, Cigarrenarbeiter Friedrich Hilsmann, Schankwirth Friedrich Eduard Johann Wilhelm Schulze, Schlosser Adolf Zettrich. Die Gesamtzahl der bisher Ausgewiesenen beträgt 62.

— Die Einberufung des Admiralitätsraths erfolgte zur Berathung technischer Angelegenheiten und der Hafenhauten in Wilhelmshafen. Die Behauptung, daß die Einberufung mit der Angelegenheit des Schiffes „Großer

Kurfürst“ zusammenhänge, ist daher völlig irthümlich. Die Ernennung der Mitglieder des Kriegsgerichts ist auf vertraulichem Wege erfolgt; die umlaufenden Angaben über die angeblich ernannten Persönlichkeiten sind unrichtig. Wichtig ist nur die bereits gemachte Meldung, daß der Kommandeur des Gardekörps Gerichtsherr des Kriegsgerichts ist.

München, 13. Januar. Der Finanzminister bringt beim Landtage einen Gesetzentwurf betreffs Aufnahme eines Anlehens von 28 Millionen in Schatzscheinen für Vergrößerung des Verlags-Capitals der Central-Staatskasse ein, wovon 12 Millionen als Defizitdeckung und 16 Millionen zur Verstärkung des Betriebsfonds bestimmt sind. Die Vorlage ist dem Finanz-Ausschuß überwiesen worden.

Luxemburg, 13. Januar. Prinz Heinrich der Niederlande ist heute Morgens gegen 5 Uhr am Schlagfluß gestorben. Prinz Wilhelm Friedrich Heinrich, geb. 13. Juni 1820, Admiral der Holländischen Flotte und Statthalter des Großherzogthums Luxemburg, Bruder des Königs von Holland, heirathete bekanntlich vor wenigen Monaten die Prinzessin Marie Elisabeth Louise Friederike, die am 14. September 1855 geborene älteste Tochter des Prinzen Friedrich Carl.

Wien, 12. Januar. Die maßlos heftige Sprache, in welcher sich einige Wiener Blätter über den Deutschen Gesetzentwurf, betr. die Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder, ergangen haben, ist in Berlin nicht unbemerkt geblieben. Man hat es sogar für angezeigt erachtet, in dieser Angelegenheit einen diplomatischen Schritt zu unternehmen. Wie ich höre, begab sich der Deutsche Botschafter Prinz Reuß gestern zum Grafen Andrassy, um demselben in der herzlichsten Weise, welche den Verkehr der beiden Staatsmänner auszeichnet und den Beziehungen der beiden Mächte entspricht, den Gedanken nahezu legen, ob es nicht am Plage wäre, die Oesterreichische Presse in geeigneter Weise zu informieren, daß sie ihr Urtheil über rein interne Angelegenheiten Deutschlands einigermaßen mäßiger und nicht in einem Tone abgebe, welcher die ohnehin hochgehenden Wogen der Discussion in Deutschland selbst nur noch mehr aufwühlen könnten. Die Antwort, welche Graf Andrassy dem Deutschen Botschafter ertheilte, ist mir nicht bekannt; gemeinhin pflegt der Oesterreichische Minister des Aeußern sich von jeder Beeinflussung der Presse fern zu halten; er dürfte diesem seinem Prinzip, das er beinahe allzu peinlich befolgt, wohl auch diesmal treu bleiben, aber es dürften sich trotzdem Mittel und Wege finden lassen, um der Unbedeutung der Deutschen Wünsche in der besagten Weise zu entsprechen.

St. Petersburg, 13. Januar. Der „Reichsanzeiger“ publicirt einen kaiserlichen Befehl, in Folge der Vorlage des Finanzministers vom 29. Dezember a. St. Mittel ausfindig zu machen, um die Reichsausgaben zu verringern. Behufs dessen ist eine besondere hohe Commission unter Vorsitz des Wirklichen Geheimraths Albaz eingesezt. Die Commission besteht aus dem Finanzminister, dem Reichscontroleur, dem Reichsrath Grafen Baranow, den Staatssecretären Nicolai Sablogki, Desjajetowsky, Groot und Sitrowsky. Andere geeignete Personen können hinzugezogen werden. — Dem Reichsanzeiger zufolge ist Senator Alexander Giers zum Gehilfen der Finanzminister, Senator Martynow zum Gehilfen des Ministers des Innern ernannt worden.

Paris, 11. Januar. Eine von den Mitgliedern der „Union républicaine“ abgehaltene Versammlung hat sich gegen das vom Ministerium aufgestellte Programm ausgesprochen, aber keinerlei formellen Beschluß gefaßt. Gambetta schlug vor, das Programm den Bureaux zu überweisen, welche eine Commission zu ernennen hätten, die ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum für das Ministerium vorzuschlagen habe. Gambetta deutete dabei auf die Schritte hin, die von Seiten seiner Freunde geschehen seien, damit er selbst in das Ministerium eintrete und sprach seinen bestimmten Entschluß aus, einen Ministerposten nicht anzunehmen. — Eine von den Mitgliedern der gemäßigten Linken abgehaltene Versammlung gab das Verlangen kund, das gegenwärtige Ministerium zu erhalten, fand indeß das Programm desselben nicht befriedigend und bezieht sich bis zur Verlesung des Programms in der Kammer weitere Entscheidung vor.

— 12. Januar. Wie aus parlamentarischen Kreisen mitgetheilt wird, dürfte das ministerielle Programm in der Deputirtenkammer aller Wahrscheinlichkeit nach eine Majorität finden. Die Annahme desselben im Senat gilt für zweifellos.

Birmingham, 12. Januar. Die Leihbibliothek des Midland-Instituts, die größte Sammlung der Werke Shakespeares enthaltend, ist niedergebrannt.

Rom, 12. Januar. Der Erzbischof von Bamberg erhielt Briefe von dem Papst und von dem Cardinal Nina, welche sich auf bayerische Angelegenheiten beziehen. Der „Courrier d'Italie“ erzählt, die Verhandlungen des Briefwechsels zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Cardinal Nina. Dasselbe Blatt bestätigt, daß der Russische Vertreter beim Vatikan Fürst Urusoff durch den Fürsten Buteneff ersetzt wird.

Konstantinopel, 12. Januar. Savfet wird Mac Mahon mit dem Großcordon des Medschidie-Ordens in Brillanten ein Handschreiben des Sultans überreichen, welches dessen freundschaftliche Gefühle für Frankreich ausdrückt.

— In dem vom Großvezir Rheyreddin Pascha vorgelegten Regierungs-Programm wird die Reduktion der

Armee auf ein unumgängliches Minimum und die Decentralisirung der Vilajets vorgeschlagen. — Hussim, einer der Führer der Kurdischen Aufständischen, ist gefangen genommen worden, ein anderer, Osman, hat seine Unterwerfung angezeigt. — In der Commission für eine Reform der Türkischen Finanzen hat der mit der Berichterstattung über das Handelsministerium beauftragte Englische Delegirte die Aufhebung dieses Ministeriums beantragt. Wie es heißt, würden die Delegirten der Mächte im Europäischen Interesse einen nicht von der Commission ausgehenden Generalbericht über die Aufschlüsse erstatten, die zu erlangen ihnen möglich sein werde.

Provinzielles.

* Wie die „Land- und forstwirthsch. Ztg.“ mittheilt, werden dem nächsten Reichstage aus Ost- und Westpreußen wahrscheinlich verschiedene Petitionen von landwirthschaftlichen Vereinen zugehen, von denen die einen das völlige und ausnahmslose Verbot der Einföhrung von Steppenwies forderu und selbst die Einföhr Oesterreichisch-Ungarischen Rindviehs von einem Oesterreichischerseits zu erlassenden Verbot der Einföhr Russischen Steppenwies abhängig gemacht wissen wollen, die anderen aber von dem Reiche verlangen, daß es Anlaß zu wissenschaftlichen Untersuchungen über den Ursprung und die Natur der Rinderpest gebe durch Anlegung von Versuchsstationen in den Steppen von Volhynien und Podolien, auf die sich nachweislich der Ursprung der Seuche stets zurückföhren läßt, sowie durch Aussetzung nahhafter Stammen für die Entdeckung des Ursprungs der Krankheit und der Mittel zu ihrer Heilung, die durchaus nicht unmöglich sein soll. Man meint, so gut wie man staatlicherseits Mittel zu Ausgrabungen in Olympia oder zur Erforschung Innerasirias oder des Morpols bewillige, habe das Reich auch die Pflicht, Untersuchungen über die Rinderpest anstellen zu lassen.

□ Königsberg, 13. Januar. Der Konflikt in unserer Stadtverordnetenversammlung scheint ja Gott sei Dank beseitigt und zwar, wie wir gleich voraussagen wollen, in einer die Majorität unserer Mitbürger befriedigenden Weise. Donnerstag Abend fand, wie wir bereits mittheilten, eine Vorbesprechung zu der morgen vorzunehmenden Wahl statt. Vor dieser Vorversammlung bereits hatte Dr. Ulrich seinen Austritt aus der Stadtverordnetenversammlung erklärt und fand dieser Erklärung, da er bereits länger als drei Jahre dieser Versammlung angehört, gefeßlich nichts im Wege. Da somit von einer Gegenkandidatur Weller contra Ulrich nicht mehr die Rede sein konnte, so erklärte sich Kommerzienrath Weller bereit, die Wahl als Vorseher anzunehmen. Die von ungefähr 70 Stadtverordneten besuchte Vorversammlung stellte nun zu der morgen stattfindenden Wahl den Kommerzienrath Weller als Vorseher, Justizrath Hagen als Stellvertreter und Dr. Wolfberg als Schriftföhrer auf. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die gedachten Herren gewählt werden. Es kennzeichnet diese Wahl einen bemerkenswerthen Abschnitt in der Geschichte der Stadt Königsberg. So lange Ihr ergebener Referent in Königsberg wohnte — und es sind etliche Decennien — hat er Raisonnements hören müssen, daß die „Doktoren-Partei“ in der Stadtverordnetenversammlung dominirt. Der Austritt Ulrichs wird als ein Sieg der Anti-Doktoren-Partei betrachtet. Mit politischen Fraktionen hat diese Parteilung auch nicht den geringsten Zusammenhang. Die Wahl des Kommerzienrath Weller muß nach jeder Richtung hin als ein durchaus glückliche bezeichnet werden. Weller ist ein Mann von unerschütterlicher Ueberzeugungstreue und zugleich von liebenswürdigsten Umgangsformen. Sein harter Blick, sein gründliches Wissen und seine reichen Erfahrungen haben ihm unter seinen Berufsgenossen längst eine hervorragende Stellung erworben und so ist er seit Jahren nicht nur stellvertretender Obervorseher der Kaufmannschaft, sondern auch technisches Mitglied unseres Kommerzkollegiums oder wie diese Behörde vom 1. Oktober dieses Jahres ab heißt: Kammer für Handelsfachen. Jedenfalls können und wollen wir die Verdienste des abgetretenen Dr. Ulrich nicht unterschätzen. Das schwere Amt kann nur der übernehmen, der Zeit und Lust zum Arbeiten hat. Wo Ulrich die Zeit zur Arbeit gefeßt hat, da hat er sie sich zum Wohl der Kommune mit Hintenansehung aller Rücksichten auf seine persönliche Verhältnisse genommen. Zum Austritt finden wir aber wirklich nicht die geringste Veranlassung. Hat doch auch sein Vorgänger, Oberamtmann Böhm, als er zum Vorseher nicht wiedergewählt wurde, ohne Wurren den Präsidentensstuhl mit dem schlichten Platz in der Mitte der Versammlung vertauscht.

Königsberg, 12. Januar. Aus dem Berichte über die letzten Sitzungen des Vorsteheramts der Kaufmannschaft gehen wir folgendes hervor: Die Idee einer Preisausschreibung für Pläne zur Herstellung einer Wasserstraße von durchgehends 6 m Tiefe zwischen Königsberg und Pillau rüdt allmählig ihrer Verwirklichung näher. Zwar mußte das Vorsteheramt zu seinem Bedauern auf die Hoffnung verzichten, einen der drei Preisrichter durch den Herrn Handelsminister ernannt zu sehen, weil derselbe seinem Ressort die völlige Unbefangenheit des Urtheils bei der endgültigen Prüfung und Feststellung des Projectes wahren zu müssen erklärte. Dagegen fuhr Se. Excellenz der Herr Oberlandesbau-director Hagen fort, das Vorsteheramt mit seinem Rathe in der Sache zu unterstützen, zeigte sich auch seinerseits zur Uebernahme eines Preisrichteramts geneigt. Im Einvernehmen mit ihm werden noch zwei Preisrichter erwählt und über die Fassung der Preisausschreibung zu Rathe gezogen werden, worüber Unterhandlungen bereits schweben. Der erste Preis für den besten Plan soll 10,000 Mark, der zweite Preis 5000 Mark betragen. — Die Handelskammer von Hamburg, dem zeitigen Vororte des Verbandes der Seehandelsplätze, fordert zu obermaliger Erwägung der Stellung derselben zum Deutschen Handelstage auf und empfiehlt außerdem in concreten Fällen Zusammengehen mit Binnenplätzen, welche die Verkehrsfreiheit verteidigen wollen. Das Vorsteheramt erklärte, in den Deutschen Handelstag, bei dessen gegenwärtiger Organisation die Schutz Zoll-Interessenten stets die entschiedene Majorität haben, nicht wieder eintreten zu können; war aber gern bereit, zur Verteidigung der wirtschaftlichen Freiheit auch mit Binnenplätzen gemeinsame Sache zu machen. — Der Etat der Corporation für das Jahr 1879 wurde in Ausgabe und Einnahme auf 142,875,25 M., der durch Zuschläge der Corporationsmitglieder anzubringende Betrag auf 40,115,25 M. festgestellt gegen 145,108,50 M. bezw. 52,870,97 M. im vergangenen Jahre.

B. Danzig, 12. Januar. Die wegen Verdachts des Kindesmordes gefänglich eingezogene Tochter des Restaurateurs Will hier selbst ist vor einigen Tagen aus der Haft entlassen worden. Wie verlautet, soll der Criminalsenat die Anklage auf Kindesmord wegen mangelnder Beweise abgelehnt haben. Die Section der Kindesleiche konnte erst vorgenommen werden, nachdem dieselbe schon mehrere Tage in der Erde gelegen hatte und bereits in Verwesung übergegangen war. Die Frau Will ist schon vor mehreren Wochen in Freiheit gesetzt worden. Die letztere ist wegen Ausföhrung einer Kindesleiche mit 3 Wochen Gefängniß bestraft und die Untersuchungschaft ihr auf die Strafe angerechnet worden. Vor einiger Zeit brachten mehrere Zeitungen die Nachricht, daß der Kaufmann Stobbe in Reisingendorf beim Austritt mit dem Pferde in einem Torfbruche verunglückt sei und den Tod gefunden habe. Et war Director der Plessauer Zuckerfabrik und der Dirschauer Darlehnskasse und galt allgemein für sehr reich. Nach seinem Tode stellte sich aber heraus, daß er über und über in Schulden gelassen. Das Gericht hat über seinen Nachlaß den Concurs eröffnet und hierbei soll es sich herausgestellt haben, daß

nicht weniger denn 100,000 Mark Passiva vorhanden sind. Viele Gutsbesitzer aus der Umgegend und was noch mehr zu bedauern ist, eine große Anzahl Geschäftsleute sind bei diesem Bankrott in ihre Mittellosigkeit gezogen worden. — Der Bericht des Vorsitzenden unserer Stadtverordneten-Versammlung, welcher in der Sitzung vom 7. Januar c. erstattet wurde, schließt mit folgenden Worten: „Das alte Jahr hat die Hoffnungen, mit welchen wir die Schwelle desselben überschritten haben, nicht erfüllt; es war, wie ich das hier nicht näher auszuführen habe, nach allen Richtungen hin ein schweres und trübseliges Jahr, das uns auch den langverheißenen commerciellen und industriellen Aufschwung nicht gebracht hat, und bei seinem Scheiden erweckt es in uns, den Vertretern einer Handelsstadt, neue und ganz besonders schwere Sorgen durch das Streben, mit derjenigen Wirtschaftspolitik zu brechen, durch welche sich der Wohlstand unseres Volkes seit einem halben Jahrhundert im Großen und Ganzen segensreich entwickelt hat. Der freilich nicht nur bei uns, sondern aller Orten schwer darnieder liegenden Industrie glaubt man durch Böhle und Eisenbahntarife, welche die Concurrenz des Auslandes beschränken, aufhelfen zu können; den Handel, welcher die freie Bewegung zu seiner Entfaltung nicht einbrengen kann, stellt man in einseitiger Auffassung vielfach als die hauptsächlichste Quelle der wirtschaftlichen Noth hin, welche seit einem halben Jahrzehnt auf allen Gebieten wirtschaftlichen Lebens hervorgerufen ist. Ein harter Interessentkampf, der auch für unsere Stadt verhängnisvoll werden kann, scheint sich vorzubereiten. Wir werden aber die Hoffnung nicht aufgeben, daß in den maßgebenden Kreisen, sowohl bei den Regierungen, wie bei den Volksvertretern die Ueberzeugung durchbrechen wird, daß sich in einem Lande nur dann Wohlstand und Wohlergehen erfreulich gestalten können, wenn sich in demselben Handel und Wandel frei bewegen und sich eines immer größeren Aufschwungs erfreuen.“

Locales.

Memel, den 14. Januar.

II. [Handwerker-Verein.] Der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat an die königlichen Regierungen eine Verfügung erlassen, in welcher er das Angenmerk derselben auf eine Neu- belebung resp. Wiedereinführung des Zunftwesens bei dem Handwerkerstande richtet. Diese Verfügung war im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger abgedruckt. Da nun eine solche Kundgebung das innerste Interesse der Gewerbetreibenden aller Art berührt, so glaubte der Handwerker-Verein seinerseits nicht erst auf eine bezügliche Anregung von Seiten der königlichen Regierung warten zu sollen, sondern die Angelegenheit im Interesse des Gewerbestandes sofort in die Hand nehmen zu müssen. Zu einer Versammlung am Montag den 13. Januar c. wurden demzufolge nicht nur die Mitglieder des Vereins, sondern auch andere Personen des Gewerbestandes eingeladen und die recht zahlreiche Versammlung zeigte denn auch, daß der Vorstand des Handwerker-Vereins nicht mit seinem Interesse an der beregten Angelegenheit allein stehe. Es fungirten bei der Versammlung Herr Pohlenz als Vorsitzender, Herr Dr. Riß als Referent und Lehrer Boullien als Protocollführer. Herr Pohlenz wies in seiner Eröffnungsrede auf die in den letzten 10 Jahren auf gewerblichen Gebieten erlassene Gesetzgebung hin, durch welche das alte Zunftwesen in seinen hauptsächlichsten Grundzügen aufgehoben und als nächste Folge hiervon, namentlich auf dem Gebiete des Gesellen- und Lehrlingswesens Zustände hervorgerufen wurden, die das Gewerbe nicht ohne Einbuße einer gesunden Grundlage auf die Dauer ertragen kann. Einsichtsvolle Männer sind übrigens schon lange von der Erkenntniß durchdrungen, daß eine Neubelebung der alten Vereinigung von Gewerksgegnossen zur Förderung ihrer gewerblichen Interessen am ersten geeignet wäre, die Schäden zu heilen, an welchen unser Gewerbeleben notorisch krankt. Herr Dr. Riß verlas nun den Text der beregten Verfügung sowohl, als auch den des vom Herrn Minister als Musterstatut beigegebenen Statuts der Osnabrücker Schuhmachergesinnung, und knüpfte mannigfache Erläuterungen daran. Nachdem nun noch Herr Pohlenz ein diese Materie betreffendes Referat aus dem Hülfters Gewerbetage vom Herbst 1877 verlesen hatte, wurde die Diskussion eröffnet. Die meisten Redner sprachen sich in- des für Einrichtung des Zunftwesens auf moderner Grundlage aus und fand daher auch ein Antrag des Herrn Dr. Riß, dahin gehend, sofort eine Kommission zu ernennen, welche mit dem Vorstande des Handwerkervereins und unter Zuziehung der alten Zunftvorstände die nöthigen Vorarbeiten, namentlich die Ausarbeitung eines Musterstatuts in seine fördernde Hand nehme, fast einstimmige Annahme. In diese Kommission wurden darauf durch Acclamation folgende Personen gewählt: Maurermeister Woffing, Tischlermeister Michaelis, Zimmermeister Kachert, Schlossermeister Mey, Böttchermeister Ruffmann, Banunternehmer Lampe, Buchdruckereibesitzer Siebert, Conditor Perz und Dr. Riß. Denselben wurde aufgegeben, schon binnen 14 Tagen eine allgemeine Versammlung der Gewerbetreibenden zu berufen, um weitere Beschlüsse herbeizuführen. Zum Schluß erinnerte Herr Lampe die Anwesenden daran, daß, weil die hohe Staatsbehörde endlich zur Initiative in der in Rede stehenden Angelegenheit geschritten sei, es nothwendig sei, daß die Gewerbetreibenden sich voll und aufrichtig diesen Bestrebungen anschließen, einmal, weil man zu dem Vorhaben der hohen Behörde wohl Vertrauen fassen könne, dann aber auch, um einen etwaigen späteren Vorwurf seitens dieser Behörde, daß man ihren Bestrebungen nicht hat folgen wollen, zu entgehen. Es wurde darauf das Protocoll verlesen und mit einigen Danksworten für die zahlreiche Theilnahme durch den Vorsitzenden die Versammlung mit der Bitte geschlossen, in ihrem eigenen Interesse den Bestrebungen des Handwerkervereins, welcher nach allen Richtungen die Interessen des Handwerkerstandes zu vertreten gewillt sei, durch zahlreiche Beirath zu unterstützen.

M. [Zum Unterrichtsgesetz.] Interpellation des Abgeordneten Dr. Paur in der 20. Sitzung am 17. December nach

dem Berichte eines Lehrers. Ist die Staatsregierung in dem Falle, sagte Dr. Paur, daß dieselbe für die nächste Session die Vorlegung des Unterrichtsgesetzes in bestimmte Aussicht zu stellen nicht vermag, wenigstens geneigt, in nächster Frist 1. die Pensionierungsverhältnisse der Elementarlehrer gesetzlich zu regeln und 2. die Lage der Lehrerbildung und Waisen durch eine zweckentsprechende Handhabung des Gesetzes vom 22. December 1869 zu verbessern? Nach der Begründung der Interpellation, in welcher auf die materielle Noth der Lehrer hingewiesen wurde, welche eine große Menge von Petitionen auf Erlass eines Dotationsgesetzes zur Folge gehabt, antwortete der Cultusminister Dr. Falk: Die Frage des Unterrichtsgesetzes stehe mit der Finanzreform in wechselseitiger Beziehung; die Dotationsfrage besonders zu regeln, sei sehr schwer, weil erst entschieden werden müsse, wer die Kosten der Volksschule zu tragen habe. Die Rede kulminirt in dem Satze: die Vorlage des Unterrichtsgesetzes wird erfolgen, wenn sie dem Staatsministerium nicht als unnütz erscheint. Der bei der Sitzung erschienene Lehrer schildert, nach der freien Deutschen Lehrer-Zeitung, den Eindruck, welchen er von der Haltung des Hauses dem „Lehrerelend“ gegen- über aufgenommen, als einen höchst trübseligen. Er hatte bereits von bescheidenen Abgeordneten die Aeußerung gehört: „Wenn wir in den Fractionen von den Lehrern anfangen, dann heißt es so- gleich, geht uns doch mit euren ewigen „Schulmeisterelenden.“ Von 400 Abgeordneten waren ca. 120 anwesend, der Rumor war ein so gewaltiger, daß sich die Herren Abgeordneten ihre Morgen- visiten machen und laut ihre sonstigen Affairen erzählen, daß bei aller Anstrengung man dem Redner zu folgen nicht im Stande ist, selbst wenn man in seiner unmittelbaren Nähe sich befindet, man sieht nur Mund und Arme in Bewegung. Dampfbrausend wie das Meereswogen wälzt sich das Geräusch durch den Saal hin. Dr. Tschow, der Vorsitzende der Unterrichts-Commission, beantragt im Namen seiner politischen Freunde, der Nationalliberalen, seine Diskussion an das Gehörte zu knüpfen, es sei dazu Zeit bei der Beratung des Stats. Eugen Richter erklärt, daß die Fortschrittspartei aus denselben Grunde für jetzt auf eine Debatte verzichte. Windthorst-Weppen, der während der ganzen Zeit irgend etwas ihn sichtbar Interessirendes gelesen hatte, erhob sich, um im Namen des Centrums zu erklären, daß dasselbe auch von einer Besprechung der Lehrer-Angelegenheit für jetzt absehe. Damit war die Inter- pellation Dr. Paur's in allen Ehren erledigt; die Abgeordneten atmeten auf, als sie die „Schulmeisterelenden“ hinter sich hatten, sie wandten sich mit großer Befriedigung zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung, betreffend die Staatsseisenbahnen. Die an- wesenden Lehrer, fügt der Berichterstatter hinzu, eilten mißgeräthigt hinaus. — Wir haben Rom gesehen, sprachen sie, und sind von einem Wahne vollständig kurirt. Als der Redner Cinas von seiner Reise nach Rom zurückkehrte, fragte ihn sein König Pyrrhus von Epirus: wie ist Dir der Senat in Rom vorgekommen? Cinas antwortete: wie eine Versammlung von Königen. Ein Glück, daß Pyrrhus nicht noch lebt und so indiscret nicht fragen darf, wie ist Dir, Du armer Lehrer, das Abgeordnetenhaus vorgekommen? Die Antwort kann nur — Schweigen sein.

** [Ein renitenter Nassauer.] In dem Atelier des Barbier D. hieselbst, stellte sich ein Unbekannter ein, um Haare zu lassen. Nach beendetem Geschäfte erklärte er kein Geld zu haben. D. konnte diesen absonderlichen Kunden nicht und erbat sich daher seinen Namen. Statt dessen legte er dem D. allerlei unliebsame Vornamen bei und wurde er nun zum Verlassen des Lokals auf- gefordert. Obwohl er dieses früher ohne Bezahlung freiwillig thun wollte, sagte ihm doch nunmehr ein solcher Befehl nicht zu und er blieb. Da dem D. die Gesellschaft nicht behagte, ließ er einen Polizeibeamten herbeiholen, der den hohnwürdigen Gast nach Augen complimentirte. Derselbe zeigte indeß kein Verständniß dafür und nannte sich, wiederholt nach seinem Namen gefragt, „Prinz Carl“. Dem Beamten imponirte er damit aber nicht, derselbe sagte scharf zu, doch beim Herausbringen war er ihm nicht gewachsen. Der Prinz schämte sich mit Händen und Füßen gegen die Thüre, riß sich dann los und eilte in die gute Stube, wo die Familie des D. sich befand, die nach allen Seiten auseinanderstob. Hier placirte sich der Pseudoprinz, welcher später als der Matrose William Kleinat von hier erkannt ist, auf den Kindertisch und behielt so lange Platz, bis der Polizeibeamte ihn mit der nöthigen Hilfe hinaus- beförderte. Auf dem Wege nach der Polizei schämte er sich seiner Begleitung, befreite sich gewaltsam und empfahl sich. — Dem Kleinat wurde in heutiger Sitzung ferner zur Last gelegt, der Schuhmacherfrau G. vom Hofe 3 Hemden, 3 Paar Unterhosen und 9 wollene Strümpfe entwendet zu haben, welche Sachen auch bei ihm in seiner Kammer gefunden sind. In diesem Falle schließt er sinnlose Trunkenheit vor, die er indeß nicht zu erweisen vermag. Die kgl. Staatsanwaltschaft beantragte Zuchthausstrafe, der Angekl. bat den Gerichtshof unter reichlichen Tränen darauf Rücksicht zu nehmen, daß er sich seit einer Reihe von Jahren tadellos geführt und sich kürzlich verheirathet habe. Es traf ihn eine Gefängnißstrafe von 7 Monaten Gefängniß.

** [Synch-Zufall.] Die Rätthner W. 'schen Eheleute aus Graumen befanden sich mit dem Gärtner Heinrich Woffil aus Wittauten und dessen neu angekommenem Dienstmädchen im Kreuze zu Pflücken. Im Laufe der Unterhaltung beredete W. das Mädchen unter glänzenden Vorspiegelungen, nicht bei Woffil, sondern bei ihm in Dienst zu treten, wozu dieses sich auch ver- leiten ließ. Als Woffil sich umschaute, waren die W. 'schen Ehe- leute mit dem Mädchen verschwunden. Sofort wußte er was die Glocke geschlagen, er eilte den Verführern nach, stellte sie zur Rede und schlug dann mit einer Latte erst den Mann und dann die Frau zu Boden, wonächst er sich mit der Entführten entfernte. Diese nicht zu rechtfertigende Selbsthilfe ist gottlob ohne nachtheilige Folgen abgelaufen, doch traf den Woffil heute wegen Körper- verletzung eine dreiwöchentliche Gefängnißstrafe.

** [Schneider und Dank.] Die unverheirathete Auguste Strunkwitz aus Petrellen hatte bei der Wittve A. in Schmölz (eine Bekanntschaft aus dem Gefängniß her) aus Mitleid Auf- nahme gefunden. Als Letztere von einem Ausgange heimkehrte,

fand sie die Strunkwitz mit verschiedenen Kleidungsstücken und Nah- rungsmitteln ausgefüllt. Auf erlassenen Steckbrief wurde sie zwar ergriffen, jene Sachen waren aber für immer verloren. Die Angekl. machte die Ausrede, daß die A. ihr die Kleider geliehen, was die- selbe aber als unwahr bezeichnete. Angekl. ist außerdem eine mehr- fach bestrafte Diebin, so daß der Gerichtshof Ueberzeugung von ihrer Schuld gewann und über sie ein Jahr Zuchthaus verhängte.

* [Feuer.] Am Montag, Abends 9 1/4 Uhr, wurde der Feuerweh ein Brand, große Sandstraße Nr. 12, signalisirt. In der obren Etage war die neben einem Kochherd befindliche Fach- werkwand in Brand gesetzt. Nach Abbruch des Kochherdes und Wloplegung des Holzwerks war der Brand beseitigt.

Standesamtliche Nachrichten

vom 14. Januar.

Geboren: dem Navigationslehrer J. F. G. Brahm ein Sohn, dem Schiffscapitän H. R. G. Allenstein ein Sohn, dem Assistenzarzt Dr. F. L. G. Wichmann ein Sohn. Aufgeboren: Matrose Herrm. Alex. Hausch mit Johanne Krichat.

Kirchliche Nachrichten.

In der St. Johanniskirche wurden am 12. Januar proclamirt: der Seefahrer Edwin Eugen Henry Sprenger mit Johanne Mathilde Dettloff, der Segelmacher Carl Julius Rast mit Friedrike Emma Gsp. — Vom 5. bis 12. Januar wurden getraut: Kaufmann Friedrich Albert Helmdach mit Heinricke Emilie Betty Ottmann, Matrose Gustav Adolf Menien in Bommels-Bitte mit Dorothea Caroline Neumann.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Fräul. Anna Nestke in Mohrungen mit dem Gutsbesitzer Herrn Georg Worzewski-Krausenhof, Fräul. Elise Wesse mit dem Premier-Lieutenant Herrn Oscar v. Hegener in Königsberg, Fräul. Bertha Borchert in Fuchsborg mit Herrn Emil Stell in Königsberg.

Geboren ein Sohn: Herrn Pfarer v. Behr in Reddenau, Herrn A. Wohlgemuth, Herrn v. Gerdtell in Königsberg; eine Tochter: Herrn W. Stein in Schönwiese, Herrn J. Sidor Lichtenfeld in Wanzleben, Herrn Apotheker J. Zimmermann in Granz, Herrn Wilhelm Löwenheim in Leipzig, Herrn G. Vigonroux in Wartenburg. Gestorben: Sohn Eugen des Herrn F. Tappe, Herr Johann Gottlieb Müller, Frau Marie Kauffmann, geb. Buchhorn, Frau Dorothea Duddy, geb. Minuth, Kaufmanns-Wittve Catharina Barbara Klingler, geb. Volkman, in Königsberg.

Fremden-Maport.

British-Hotel. Kauf. Ad. Steffen aus Hamm, A. Müller aus Breslau, Levinsohn und Kittel aus Königsberg, Koffermann, Hay und Stab aus Berlin, Alexander aus Hamburg.

Schiffs- und Handelsnachrichten.

Schiffsnachrichten.

Linie.	Schiff	Capitän	Bon	Mit	Adressirt an
14.14.14.14.	Hofstad	Engelsen	Bergen	Heringe	Ordre
In der Roburine des Gergalt 20' 2" Strom aus, Wasserstand 1' 3" Wind S.D.					

Berliner Cours-Depeche.

	Januar 13.	Januar 14.
Orse: Ruhig.	R.-M.	R.-M.
Woggen Leichter April-Mai	122	122
Woggen Mai-Juni	122	122
Hafer April-Mai	116,50	116,50
Petroleum loco	21	21,50
Spiritus loco	52	51,00
4 1/2 % Consolidirte Preussische Anleihe	104,75	104,00
4 1/2 % Preuss. Pfandbriefe	101,70	101,00
Russ. Prämien-Anleihe von 1864	145,00	146,00
Russisch-Englische Anleihe von 1872	83,00	83,00
Russ. Noten	200,10	210
Petersburg, 100 S.-R. 3 Monate	199	199
Amsterdam 100 fl. 2 Monate	167,05	167,00
London, 1 Pfr. 3 Monate	20,50	20,50
London, 1 Pfr. 8 Tage	20,47	20,46/5
Belgische Wähe 100 Francs 2 Monat	80,50	80,10

Telegraphischer Wetterbericht für die Ostseehäfen.

Dienstag, den 14. Januar.

Stationen.	Baro- meter.	Wind.	Wetter.	Tem- peratur.	Bemerkungen.
Memel	770,6	S.D. 2	bedeckt	— 6	Seegang ruhig.
Neufahrwasser	770,7	do. 1	Dunst	— 2	
Swinemünde	769,6	S. 1	Nebel	— 6	
Riel	767,2	S.W. 1	do.	— 1	
Stagen	767,1	S.D. 3	bedeckt	0	
Rovenhagen	768,0	S. 4	Nebel	0	
Bornholm	769,0	do. 2	bedeckt	— 1	
Stockholm	769,6	S.D. 2	do.	— 3	
Haga	771,2	still 0	do.	— 7	

Uebersicht der Witterang.

Neuer rascher Barometerfall in Irland. Winde meist südlich, Centraleuropa leicht, Westeuropa mäßig bis stark, Wetter trübe, vielfach Nebel, besonders Kanal bis Pommern mit Erwärmung.

Für den folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.

Anzeigen.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen zeigen hoch erfreut an
Dr. Wichman'n
und Frau, geb. Jaenisch.
Memel, den 13. Januar 1879.

Theater-Anzeige.

Mittwoch, den 15. Januar. Zum ersten Male: „Die Schauspieler des Kaisers.“ Schauspiel in 3 Akten.
Freitag, den 17. Januar, Benefiz für Herren Ely.
Sonntag, den 19. Januar. „Hafemann's Töchter.“
Montag, den 20. Januar. „Das Gefängniß.“ Preis-Lustspiel von Benedix.
Mittwoch, den 22. Januar. „Die Liebe im Eckhause.“ Lustspiel in 3 Akten. „Der Schauspiel-Director.“ Operette in 1 Akt von Schmidt. Musik von W. A. v. Mozart.
H. Lincke.

Restaurant de Passage,

Fischerstrasse No. 7.
Heute Dienstag und die folgenden Tage
Concert

der berühmten Künstler aus Wien
Franz und Felix Rappaport
auf ihren Original-Instrumenten
Concert-Harmonika und Orgel.
Instrumente dieser Art sind hier noch
nicht gehört worden.

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Indem mir gelungen ist, diese Künst-
ler, welche in Königsberg, Danzig,
Tilsit u. s. w. mit dem größten Beifall
Concerte gaben, für einige Abende zu
engagiren, so hoffe ich um so mehr auf
zahlreichen Zuspruch, als die Künstler alles
anbieten werden um dem verehrten Pu-
blikum einen vergnügten Abend zu bereiten.
Hochachtungsvoll Schwellnus.

Lehrerinnen-Verein.

Mittwoch, den 15., Abends 7 1/4 Uhr.
Donnerstag, den 16. Januar c.,
Abends 8 Uhr,

5te musikalische
Abend-
Unterhaltung
im Victoria-Saale.
Programm.

- 1) Ouverture zu „Faust“ von Lind-
paintner.
- 2) Adagio aus Symphonie No. 1
(B-dur) von R. Schumann.
- 3) Finale aus Symphonie No. 1
(C-moll) von Niels W. Gade.
- 4) Symphonie No. 5 (C-moll) von
Beethoven.

Der Musik-Verein,

1. Frei = Sterbefall pro 1878. Ad
Abth. C. Nr. 62 ist am 22. Dezember
1878 die Wittve D. Herrmann ge-
storben.

Ich warne dem Schneidergesellen W.
Teichert etwas zu borgen, indem ich mit
ihm getrennt bin und für keine Zahlung
ankomme.

Frau Teichert.

Kirchenbanfache Land Memel.

Zur Ermittlung eines Unternehmers
Behufs Ausführung von Reparaturen an
der Landkirche, deren Kosten auf Mk. 2100
veranschlagt sind, steht Termin im Ge-
schäfts-Zimmer der Landgemeinde am Frei-
tag, den 17. Januar c., Morgens
10 Uhr, zu welchem Banunternehmer mit
dem Bemerken eingeladen werden, daß die
Bedingungen täglich in dem gedachten Local
in den Vormittagsstunden von 9—12 Uhr
eingesehen werden können.
Der Gemeinde-Kirchenrath.

Prämiirt: **Wien, Philadelphia, Paris,**
1873. 1876. 1878.

Die Erste Pilsner Actienbrauerei

in Pilsen (Böhmen)

empfehlen ihre hochfeinen Original Pilsner Biere in ausgezeichnetster Reinheit und hochfeiner Qualität zum Bezug direct ab Brauerei oder durch ihre zahlreichen Niederlagen und Agenturen des In- und Auslandes. Für Königsberg und die Provinz Ostpreußen hat die Vertretung dieses tadellofen, zur schnellen Berühmtheit gelangten Biers, Herr **Louis Reisemann** in Königsberg.

Armen-Unterstützungs-Verein.
2 Mk. Strafgelder sind uns von Un-
genannt überwiesen, worüber mit bestem
Dank quittirt
Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der für die hiesigen
Garnison-Anstalten vom 1. April 1879
bis ultimo März 1880 erforderlichen
Feuerungsmaterialien, als:

ca. 1200 Cbm. Brennholz und
ca. 800 Centner Steinkohlen,
soll im Wege der öffentlichen Submission
vergeben werden.

Die Bedingungen sind in unserm Ge-
schäftslocal, Holzstraße 30 a., 2 Treppen
hoch, Eingang vom Hofe aus, einzusehen
und versiegelte und portofreie Offerten mit
der Aufschrift: „Submission auf Lieferung
von Feuerungs-Materialien“ versehen, bis
zu dem auf **Donnerstag, den 23. Ja-
nuar c.**, Vormittags 10 Uhr, anberaumten
Submissionstermin daselbst einzureichen.
Memel, den 7. Januar 1879.

Königl. Garnison-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der für die hiesigen
Garnison-Anstalten vom 1. April 1879
bis ult. März 1880 erforderlichen Erleuch-
tungs- und Reinigungs-Materialien, als:
ca. 70 Centner Petroleum,
ca. 140 Meter Dochtband,
ca. 13 Centner grüne Seife und
ca. 16 Centner Soda,
soll im Wege der öffentlichen Submission
vergeben werden.

Die Bedingungen sind in unserm Ge-
schäftslocal, Holzstraße 30 a., 2 Treppen
hoch, Eingang vom Hofe aus, einzusehen
und versiegelte und portofreie Offerten mit
der Aufschrift: Submission auf Liefe-
rung von Erleuchtungs- resp. Reinigungs-
Materialien“ versehen, bis zu dem auf
Freitag, den 24. Januar c., Vor-
mittags 10 Uhr, anberaumten Submissionster-
min daselbst einzureichen.
Memel, den 7. Januar 1879.

Königl. Garnison-Verwaltung.

Auction

heute Nachmittags 2 Uhr
Töpferstr. 11 bei Herrmann,
Fortsetzung von gestern, wozu einladet
G. F. Jausiems, Auctions-Commissarius.

Auction.

Im Auftrage soll für fremde
Rechnung
Sonnabend, den 18. Januar c.,
Vormittags 11 Uhr,
eine Partie bestes Weizenmehl in
Säcken von 2 Centnern, auch Futtermehl
im Kaufmann **G. Scharffenorth'schen**
Speicher durch mich meißbietend verkauft
werden.

Sablowsky, Auctionator.

Jede Sorte von Dielen, Planen,
Kreuzhölzern und Echtholz sind billigst
bei **Meyer Lewy** zu haben
hintere Werftstraße Nr. 4.

Echthandkäse

empfehlen **Carl Kerkau.**
Die neuesten
Ball-Kränze
sowie **Bouquets**
in allen Größen empfehle zu billigen
Preisen.
J. Perlach.

Trockene fichtene Achtelschwarten,
Beddigholz und Dielenenden, mit auch
ohne Anfuhr, zu haben
H. Laaser's Platz,
Comptoir Grabenstraße 7/8.

F. Fürstenberg,
Friedrich Wilhelm-Straße Nr. 2.

Schlittschuhe, nur vorzüglichstes
Fabrikat, offerirt
in größter Auswahl

A. Thiel, vorm. Ferdinand Weiß.
NB. Kinderschlitten um zu räumen
billigt D. D.

Täglich feines wie halbfines Brüh-
brod zu haben bei
Bäckermeister **Fürstenberg.**

Man verlange genau:
Hof-Apotheker
Boxberger's
Hühneraugenpflaster
fertig
gefrüht
bejeztigt sicher
u. schnell Schmerz u.
Hühneraugen. pro Etui
50 Pf.
Zu haben in den Apotheken.

**Bürsten und Korbwaren, Friseur-
und Stanblämme, Matten und Sämsch-
Leder** empfiehlt für die billigsten Preise
W. Schröder, Schuhstr. 9.

Füsilier Kutschke ist hier
mit einer Ladung bester **Schottischer**
Feizohlen angekommen, die incl. Anfuhr
billigt empfehle.

Franz Born.

Meinen **Saffahn „Europa“**,
79 1/2 Last, mit vollständigem
Inventarium verkaufe billigt.

H. Bober in Elbing.

Frische Milch ist täglich zu haben
Töpferstraße Nr. 7.
Daselbst ist ein **H. Spanischer Seiden-
spiz** zu verkaufen.

Fundamentsteine

mit und ohne Anfuhr zu verkaufen. Mel-
dungen in **Ziegelei-Memel.**

Für alte Kleider zahlt
den höchsten Preis
Behr Levin,
Marktsfr. 42-43, im Keller.
Das werden auch **Haisenfelle** gekauft.

Ein brauner Hühnerhund hat sich in
Ziegelei-Memel eingefunden und ist da-
selbst gegen Insertionskosten in Empfang
zu nehmen.

Mk. 3500

sind auf städtische Hypothek zu vergeben
durch **Rechtsanwalt Schlepps.**

Mk. 300 auf sichere Hypothek zu ver-
geben. Offerten sub **G. B. 100** an
die Expedition dieses Blattes.

Bodmerei-Gesuch.

Auf das hier habarirte Galeas-Schiff
„Helene“, Capt. B. Saß aus Heiligen-
hafen, sowie die Ladung Leinsaat desselben
wird für die Reise von hier nach Glens-
burg Bodmerei in Höhe von
ca. Mk. 3000

gesucht. Näheres zu erfahren bei
Adolph Carosus, Schiffs-Makler.

Ein junger Mann, der das Material-
Geschäft erlernt hat, sucht eine Stelle unter
Chiffre **L. G. Polangenstraße Nr. 37.**

Ein **Rutcher** von auswärtz sucht eine
Stelle. Zu erfragen bei
Gastwirth **Nettbohm, Wiesenstr. 1/3.**

Ein junges ordentliches Dienstmädchen
kann sich melden **Baakenstr. No. 8.**

Ein **Anwartemädchen** wird gesucht
Töpferstraße 11.

Eine Familienwohnung von 4 Zimmern
und mehrere möblierte Zimmer sind zu
vermieten bei

E. Hamann, Grabenstraße Nr. 7/8.

Eine obere Wohnung bestehend aus 3
Zimmern hat von sofort zu vermieten
F. Fürstenberg,
Friedrich Wilhelm-Straße Nr. 2.

Marktstraße No. 7 und 8
sind von sofort miethefrei:

— eine Treppe hoch zwei elegante
Zimmer für einzelne Personen,
— drei Treppen hoch zwei ein-
zelne Zimmer.

Subhastations-Patent.

Das der Fleischermeisterfrau Hein-
riette Amalie v. Morstein, geb.
Vogel, gehörige, im hiesigen Gerichts-
bezirk belegene Grundstück Memel Nr. 549,
das mit einem Nutzungswerthe von 591 Mk.
zur Gebäudesteuer veranlagt worden ist,
wobon der Auszug aus der Steuerrolle,
Hypothekenschein, etwaige Abschätzungen
und andere das Grundstück betreffende
Nachweisungen, ingleichen besondere Kauf-
bedingungen in unserm Bureau III. ein-
gesehen werden können, soll

am 15. März 1879,

Vormittags 11 Uhr,
an hiesiger Gerichtsstelle im Zimmer
Nr. 18/19, im Wege der nothwendigen
Subhastation versteigert werden.

Der Termin, in welchem das Urtheil
über die Ertheilung des Zuschlags ver-
kündet werden soll, wird

auf den 18. März c.,

Vormittags 12 Uhr,
an ordentlicher Gerichtsstelle anberaumt.

Alle diejenigen, welche Eigenthum, oder
anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte
der Eintragung bedürfende, aber nicht ein-
getragene Realrechte geltend zu machen ha-
ben, werden aufgefordert, dieselben zur
Vermeidung der Präclusion spätestens im
Versteigerungstermine anzumelden.
Memel, den 8. Januar 1879.

Königl. Kreisgericht.

Der Subhastations-Richter.

Subhastations-Patent.

Das den Wirth Martin und Ca-
trine, geb. Kurfchat, Labrenz'schen
Cheleuten gehörige, im hiesigen Gerichts-
bezirk belegene Grundstück Rybellen-Grütz
No. 1259, das mit einer Fläche von
22,51,40 Hekt., der Grundsteuer unter-
liegt, und nach einem Reinertrage von
95,18 Thln. und einem Nutzungswerthe
von 102 Mk. zur Grund- und Gebäude-
steuer veranlagt worden ist, sowie das
dazu gehörige in der Gemarkung Schlapp-
schill belegene Wiesengrundstück, das mit
einer Fläche von 5,84,70 Hektar der Grund-
steuer unterliegt und nach einem Rei-
nertrage von 1,53 Thln. zur Grundsteuer
veranlagt worden ist, wovon der Auszug
aus der Steuerrolle, Hypothekenschein, et-
waige Abschätzungen und andere das Grund-
stück betreffende Nachweisungen, ingleichen
besondere Kaufbedingungen in unserem Bu-
reau III. eingesehen werden können, soll

am 15. März 1879,

Vormittags 11 Uhr,
an hiesiger Gerichtsstelle, im Zimmer No.
18/19, im Wege der nothwendigen Sub-
hastation versteigert werden.

Der Termin, in welchem das Urtheil
über die Ertheilung des Zuschlags ver-
kündet werden soll, wird auf

den 18. März 1879,

Vormittags 12 Uhr,
an ordentlicher Gerichtsstelle anberaumt.
Alle diejenigen, welche Eigenthum oder
anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte
der Eintragung bedürfende, aber nicht ein-
getragene Realrechte geltend zu machen
haben, werden aufgefordert, dieselben zur
Vermeidung der Präclusion spätestens im
Versteigerungstermine anzumelden.
Memel, den 7. Januar 1879.

Königl. Kreisgericht.

Der Subhastations-Richter.

Subhastations-Patent.

Das dem Eigenthümer F. W. Galt
gehörige, im hiesigen Gerichtsbezirk belegene
Grundstück Amts-Bitte No. 136, das nach
einem Nutzungswerthe von 165 Mark zur
Grund- und Gebäudesteuer veranlagt wor-
den ist, wovon der Auszug aus der
Steuerrolle, Hypothekenschein, etwaige Ab-
schätzungen und andere das Grundstück be-
treffende Nachweisungen, ingleichen be-
sondere Kaufbedingungen in unserm
Bureau III. eingesehen werden können, soll

am 18. März 1879,

Vormittags 11 Uhr,
an hiesiger Gerichtsstelle im Zimmer No.
18/19, im Wege der nothwendigen Sub-
hastation versteigert werden.

Der Termin, in welchem das Urtheil
über die Ertheilung des Zuschlags ver-
kündet werden soll, wird

auf den 19. März 1879,

Vormittags 12 Uhr,
an ordentlicher Gerichtsstelle anberaumt.

Alle diejenigen, welche Eigenthum oder
anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte
der Eintragung bedürfende, aber nicht ein-
getragene Realrechte geltend zu machen
haben, werden aufgefordert, dieselben zur
Vermeidung der Präclusion spätestens im
Versteigerungstermine anzumelden.
Memel, den 11. Januar 1879.

Königl. Kreisgericht.

Der Subhastations-Richter.

Aufgebot.

Der Inhaber des Hypotheken-Documents
über die auf Baitin-Kunken Nr. 64/65
aus der Urkunde vom 2. April 1867 zu-
folge Verfügung vom 16. April 1867, Ab-
theilung III Nr. 7, für die Wittve Marie
Florentine Gewelcke, geb. Dassel,
eingetragenen zu 6 % verzinslichen 500
Thaler, sowie die etwaigen Rechtsnachfolger
des Inhabers werden hierdurch aufgefordert,
sich spätestens in dem auf hiesiger Ge-
richtsstätte

zum 15. Mai 1879,

Vormittags 11 Uhr
vor dem Herrn Kreisgerichtsrath Krieger,
Zimmer Nr. 18. 19. anstehenden Termine
zu melden, indem alle unbekannten Inter-
essenten mit ihren Ansprüchen präkludirt
und das Hypotheken-Dokument behufs
Löschung amortisirt werden soll.
Memel, den 8. Januar 1879.

Königl. Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Der Kaufmann Johann Moschert
von Schwarzort und das Fräulein Emma
Schraeder von Ruß, Letztere im Beistande
ihres Vaters, des Kaufmanns Gustav
Schraeder daselbst, haben durch den Ver-
trag vom 18. November d. Js. die Ge-
meinschaft der Güter und des Erwerbes
in ihrer künftigen Ehe ausgeschlossen und
dem Vermögen der Frau die Eigenschaft
des Vorbehaltenen beigelegt.

Memel, den 28. November 1878.

Königl. Kreis-Gericht.

Zweite Abtheilung.

Bekanntmachung.

Zum 1. April 1879 wird eine Lehrer-
stelle an der hiesigen Mittel-Knaben-Schule
vakant, daß Gehalt richtet sich nach dem
Dienstalter des Anzustellenden und beträgt
im Minimum 1080 Mark, mit je 4-jähri-
ger Ascension um 120 Mark bis zu 1800
Mark. Bewerber, welche die Prüfung für
Mittelschulen bestanden haben, wollen sich
bis 31. Januar 1879 bei uns, womöglich
persönlich melden.

Memel, den 19. Dezember 1878.

Der Magistrat.

Beilage zu No. 12. des Memeler Dampfboots.

„Memeler- und Grenz-Zeitung.“

Mittwoch, den 15. Januar 1879.

Lb. Haus der Abgeordneten.

27. Plenarsitzung. Sonnabend, 11. Januar.

Der Präsident v. Bennigsen eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen. Der Abg. Herrlein (12. Kassel) hat sein Mandat niedergelegt. Das Haus genehmigt zunächst in dritter Verathung, betreffend die Abänderungen von Bestimmungen der Gesetze über das Grundbuchwesen in dem Bezirke des Justiz-Senats zu Ehrenbreitenstein, im Jagdegebiet, in Schleswig-Holstein und in der Provinz Hannover.

Es folgt die zweite Verathung des Kultusgesetzes, zur Verathung steht Titel 1a (Unterstaatssecretair).

Abg. Dr. Petri: Wenn die Herren vom Centrum den Frieden wollen, müssen sie auch einen passenden Weg einschlagen; sie verwerfen aber das jus circa sacra, das der Staat besitzt und damit auch jegliche Staatsgesetzgebung betreffs kirchlicher Angelegenheiten; sie erklären die Konkordate für internationale Verträge und erstreben zwischen Staat und Kirche das Koordinationssystem. Mit diesen Anschauungen stehen die Herren in Widerspruch mit dem kanonischen Recht und katholischen Schriftstellern, deren einer das Koordinationssystem für eine „Ausgeburt des gemäßigten Liberalismus“ erklärt. Auch Papst Leo steht auf dem Standpunkt des kanonischen Rechts, wonach der Staat unter der Kirche steht. Betreffs dieses Widerspruchs mögen Sie sich mit Ihrem Herrn und Meister in Rom auseinandersetzen, für uns ist das Koordinationssystem unannehmbar. Katholische Rechtslehrer wie Philipps und Martens verurtheilen es entschieden und die Durchführung dieses Systems führt noch lange nicht den kirchlichen Frieden herbei, wie das Beispiel von Belgien zeigt. Der moderne Kulturstaat kann nicht das Koordinationssystem dulden; er muß seine Hoheitsrechte über jene Kirchengemeinschaft ausdehnen, ihm darf nicht der Christ und Jude gelastet, sondern nur der gute Bürger. (Sehr wahr! links.) Der Preussische Staat hat stets diese Grundsätze hochgehalten und die Hugenotten, Salzburger und Zisterthaler in's Land aufgenommen; den katholischen Unterthanen gegenüber hat Preußen stets dieselbe Hochherzigkeit angewandt. (Lebhafter Widerspruch im Centrum.) Ja, dann kennen Sie nicht die Preussische Geschichte! (Gelächter im Centrum.) Lesen Sie doch den ersten Band der von Herrn v. Sybel herausgegebenen archivalischen Dokumente. (Gelächter im Centrum.) Jetzt, wo die alte katholische Episkopatkirche vernichtet und alle Macht in die Hände eines Mannes gelegt ist, können wir unmöglich nachgeben; kein Hohenzoller, kein Preussischer Staatsmann kann Ihnen nachgeben; denn das hieße den Staat und seine Kultur aufgeben. (Beifall links. Gelächter im Centrum.) Früher haben Sie nur einige Gesetze als unannehmbar bezeichnet, jetzt alle (Rufe: System! im Centrum); das giebt doch bezüglich Ihrer Friedensliebe allerlei zu denken. Wer hat denn die traurigen Nothstände, die ich auch beklage, herbeigeführt? (Ruf im Centrum: Bismarck!) Die katholische Kirche hat stets für die Hierarchie, nicht für die Seelsorge gekämpft und hat sich nie sehr darum gekümmert, ob Tausende von Menschen ohne geistliche Nahrung dahinsieken, wenn nur ihre Macht wuchs. Bis jetzt ist die katholische Bevölkerung hermetisch gegen eine bessere Einsicht verschlossen (Gelächter im Centrum). Ich habe das Vertrauen zu dem gefunden Sinn dieser Bevölkerung, daß bald eine bessere Einsicht die Oberhand gewinnt und daß die Katholiken erkennen, wo eigentlich derjenige sitzt, der den Streit verschuldet und für dessen Fortdauer verantwortlich zu machen ist. (Bravo! links. Zischen im Centrum.)

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Mst: Es lohnt kaum auf die Ausführungen des Abgeordneten Petri einzugehen, da sein Haß gegen die katholische Kirche (Unruhe), der er früher angehört hat, bekannt ist und da er außerdem einen verschwindend kleinen Häuflein angehört. Ich muß aber einzelne Unrichtigkeiten berichten. In Bezug auf das, was Herr Petri über das Koordinationssystem gesagt hat, erinnere ich ihn an die Thatsache, daß Fürst Bismarck durch seine Verhandlungen mit Rom dieses Koordinationssystem einfach anerkannt hat. (Widerspruch links.) Unser Standpunkt ist der: Wir wollen die Rechte der katholischen Kirche, die vom Fürsten und der Volksvertretung in der Verfassung beschworen sind, verteidigen; es ist ganz gleichgültig, welche Systeme anderswo herrschen. Rom verlangt nur, daß die Lehren und die Disziplin der Kirche vom Staate respektirt werden, um die staatliche Gesetzgebung kümmert sich Rom nicht. Es bedarf keiner Auseinandersetzung zwischen unserm „Herrn und Meister“ und uns, denn wir sind gehorsame Söhne der Kirche; wenn Rom einen Frieden schließt, werden wir uns demselben unterwerfen; ich rathe Herrn Petri, daß er sich mit seinem Herrn und Meister, dem Kultusminister und dem Fürsten Bismarck (Heiterkeit), auseinandersetze. Augenblicklich haben in Belgien die Freimaurer die Oberhand (Heiterkeit); als die Ultramontanen herrschten, war Friede und Ruhe im Lande, doch da liegen die Verhältnisse anders und es handelt sich dort nur um einen Kampf der Parteien unter sich. Bei uns aber ist eine protestantische Majorität Hand in Hand mit

der Regierung bestrebt eine Minorität zu unterdrücken. Herr Petri hat ferner gesagt, wir haben jetzt einen Kulturstaat; danach hat also vor 1871 die reinste Barbarei bei uns geherrscht. Als Herr Petri die Verfassung beschwor, die uns Freiheit gewährt, hat er also etwas beschworen, was er jetzt als unzulässig erklärt. (Unruhe links.) Wir Katholiken wollen mindestens dasselbe Recht wie die anderen Konfessionen. Herr Petri sagte ferner, Preußen hat die wegen ihres Glaubens Verfolgten aufgenommen; es fragt sich doch sehr, ob hierbei nicht andere Motive maßgebend gewesen sind; aber davon abgesehen, dasselbe Preußen vertreibt heute seine eigenen Angehörigen aus dem Lande und weist sie über die Grenze zur Schande für ganz Europa! (Unruhe. Präsident v. Bennigsen erklärt diesen letzteren Ausdruck unter dem Beifall der Linken und Rechten für unparlamentarisch). Herr Petri ist dann auf sein Lieblingsthema zurückgekommen, daß der Ultrakatholizismus das einzige Richtige ist und daß die alte Form der Kirche jetzt vernichtet sei. Ich will nicht weiter darauf eingehen, denn ich möchte den Herren den Todeskampf nicht erleichtern (Heiterkeit); wir werden uns nicht mehr lange mit dem Ultrakatholizismus zu beschäftigen haben und es lohnt nicht, diesen Leichnam zu galvanisiren. — Wir bekämpfen das ganze System der Mäiengesetze, ob einzelne annehmbar sind, hat Rom zu entscheiden, nicht wir. Wir wollen unser Recht wieder haben, das uns garantirt worden ist und auf dem wir unter allen Umständen bestehen müssen; einem Frieden werden wir, wie ich schon einmal sagte, uns unbedingt unterwerfen. Wenn Herr Petri sagt, er hat ein Herz für unsere Nothstände, so scheint mir eher, daß er ein Herz hat, für den Verfall und Unterdrückung unserer Kirche (Sehr wahr! im Centrum). Herr Petri sagt ferner: Rom bekümmert sich nicht um unsere Leiden. Rom muß unter allen Umständen festhalten, daß unser Glaube rein und lauter bewahrt wird und daß die Kirchendisziplin bestehen bleibt, dafür ist die Römische Kirche eine von Gott gestiftete und eine bis ans Ende bestehende Kirche und Rom wird diese Richtung niemals aufgeben, auch wenn einzelne Leiden zu ertragen sind. Verantwortlich sind aber diejenigen, die uns in diese traurige Lage gebracht haben (Sehr wahr! im Centrum). Wenn wir krank sind, ist es für uns Katholiken wichtiger, daß der Geistliche uns hilft, als der Arzt, denn es ist uns wichtiger, daß die Seele gerettet werde, als der Leib. Daß man uns das nicht gönnt, ist doch eine unnötige übertriebene Grausamkeit. Betreffs der „besseren Einsicht“ der katholischen Bevölkerung bemerke ich, daß die Treue und Anhänglichkeit der katholischen Wähler, die sich schon unter so schweren Umständen bewährt hat, stets anhalten wird. (Sehr wahr! im Centrum.) Immer mehr Ultrakatholiken kommen wieder zurück und ich hoffe, daß bald auch die Letzten in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche zurückkehren. (Heiterkeit. Beifall im Centrum.)

Hierauf wird Kap. 114 Titel 1a, Gehalt des Unterstaatssekretairs in der Höhe von 15,000 Mark bewilligt. Zu Titel 2 ergreift das Wort

Abg. Frhr. v. Fürth (Köln, Centrum), der sich beklagt über die Zustände auf den Universitäten, wo bei der Vertheilung der Stipendien katholische Studierende hintenangelassen, dieselben auch sonst nicht mit den anderen Studierenden nach gleichen Grundsätzen behandelt werden. Die Folge hiervon sei gewesen, daß zahlreiche Studierende sich den Süddeutschen Universitäten zugewendet haben. Es scheine fast, als ob die Regierung darauf ausgehe, die Studierenden Römisch-katholischer Confession von ihren Universitäten zu entfernen, vielleicht um der katholischen Kirche nicht ferner neue zum Priesterstande befähigte Leute zuzuführen; allein die auswärtigen Universitäten und die Priesterseminare würden für Ersatz sorgen, und es werde auch die Zeit kommen, wo Preussische Universitäten mit Freude Römisch-katholische Studierende aufnehmen werden.

Abg. Dr. Berger (Düsseldorf, Centrum) schließt sich den Klagen des Vorredners an und verlangt die Errichtung eines katholischen Beirathes im Kultusministerium, damit man dort über die Bedürfnisse auf den Universitäten und Seminaren sich besser unterrichten könne. Redner verbreitet sich sodann in der bekannten Weise über die Einführung von Simultan-Schulen und deren Einwirkung auf die Jugend.

Minister Dr. Falk will dem Vorredner nur bemerklich machen, daß der Geheimrath Stauder ganz zu dem vom Redner gewünschten Behufe im Kultusministerium angestellt sei und oft genug bei den einschlägigen Angelegenheiten vor dem Hause gesprochen habe.

Abg. Windthorst (Weppen) kritisiert ebenfalls die Zustände der Universitäten und namentlich die ungerechte Vertheilung der Stipendien. Redner beklagt, daß von der Ministerbank aus diesen Vorwürfen gegenüber ein absolutes Stillschweigen beobachtet werde.

Reg.-Commissar Geheimrath Göppert bemerkt, daß die Antwort, die der Vorredner wünscht, bereits wiederholt vom Regierungstische ausgegeben sei. Er wolle sie heute abermals geben. Zunächst sei allerdings richtig, daß sich in Preußen die Zahl der Theologie Studierenden

Römisch-katholischer Confession verringert hat; allein dieses Schicksal theilen unsere Universitäten mit denen anderer Länder. Wenn nun die Verleihung von Stipendien von der Ablegung eines Examens vor dem Dekan abhängig gemacht sei, so finde dies Examen eben statt, um festzustellen, ob der Examinand etwas gelernt habe und würdig sei, das Stipendium zu empfangen. Dem Kultusminister stehe gar kein Recht zu, gegen diese Regeln einzuschreiten, er müsse denn in die Wahlfreiheiten der Fakultäten eingreifen.

Die Abgg. Dr. Berger und Freiherr v. Fürke polemisiren gegen diese Ausführungen; der letztere beklagt noch einmal, daß nur altkatholische Professoren die Stipendienprüfungen vornehmen.

Kultusminister Dr. Falk: Meine Herren! Ich rufe Ihnen ins Gedächtniß, daß derselbe Abgeordnete vor 2 Jahren sich beschwert hat, daß in den wissenschaftlichen Prüfungskommissionen nur Professoren altkatholischer Richtung sitzen. Ich habe diese Beschwerde für gerechtfertigt gehalten, weil seitens dieser Kommission auch noch die Religion, nach der Erziehung geprüft wird, und ich habe bestimmt, daß immer 2 Personen, von jeder Richtung eine, in der Kommission sitzen sollen. Für die Stipendiatprüfungen kann ich diese Bestimmung nicht treffen, weil es sich hier nicht um die Religion handelt, sondern darum, was der betreffende Stipendiat gelernt hat. Die Herren, die sich hier mit so vollem Munde beschwerten, haben Folgendes vergessen: Als nur ein altkatholischer Professor in der wissenschaftlichen Prüfungskommission saß, ließen sich die katholischen Studenten ohne Murren prüfen; sobald ich aber die Bestimmung getroffen, daß ein Professor neukatholischer Richtung an der wissenschaftlichen Prüfungskommission theilnehme und ich also nachgegeben hatte, da erklärten die Studenten, sie könnten sich nur von dem Professor ihrer Richtung prüfen lassen.

Abg. Windthorst (Weppen) ist der Ansicht, daß begründete Beschwerden fort und fort und so lange wiederholt werden müssen, bis sie begriffen werden. Habe der Minister Recht, so solle er dankbar sein, daß ihm Gelegenheit gegeben werde, seine richtigen Maßnahmen bekannt werden zu lassen. Redner polemisiert sodann gegen die Examinirung der jungen Leute durch andersgläubige Dekane. Es handle sich nicht darum, ob die jungen Leute etwas gelernt haben, dann würde man am besten thun, wie die Dinge zwischen Alt- und Römisch-Katholiken liegen, einen protestantischen Examinator anzustellen, sondern man will die Knete über die jungen Leute schwingen. (Große Unruhe. Beifall im Centrum.)

Abg. Franzen exemplifizirt an einem Beispiel zu Gunsten der eben gehörten Ausführungen, während sich Abg. v. Fürke sich nochmals gegen die Worte des Kultusministers wendet.

Die Diskussion wird geschlossen und Titel 2 genehmigt, ebenso Titel 3—12.

Bei Kap. 114a (Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten) erklärt Abg. Dauzenberg nicht seine Zustimmung geben zu können; die Bewilligung der Gelder für einen solchen Gerichtshof widerstreite dem katholischen Gewissen. Die 36,900 Mark für solche Zwecke seien völlig unnütz.

Abg. Schröder (Vippstadt) erklärt sich ebenfalls gegen das Kap. 114a; die darin verlangten Gehälter dienten nur für Eitelkeiten. Außerdem sei dieser Gerichtshof ein Ausnahmegerichtshof in der schlimmsten Form, nicht einmal ein Spezialgerichtshof. Was würden andere Konfessionen und Korporationen sagen, wenn über ihre innersten Angelegenheiten ein besonderes Tribunal eingesetzt würde, das mit ihnen nicht im mindesten Zusammenhang steht? Alle anderen Theile des Kulturkampfes stehen mit diesem Gerichtshof in Verbindung, Beziehung, gewissermaßen durch electrische Drähte, man leistet dem Frieden einen erheblichen Dienst, wenn man diesen Posten streicht. Die betreffenden Beamten besitzen ihren Posten doch nur als Nebenamt und sie würden wohl damit einverstanden sein, wenn sie ihr Amt als Ehrenamt verwalteten (Heiterkeit). Streicht das Haus diese Gehälter, so giebt es der Regierung einen Wink, fügt Niemand etwas Böses zu und thut ein gutes Werk. Freigesprochen würde ja doch Niemand, besonders kein Bischof; man möge die Gelegenheit benutzen, um den Frieden herbeizuführen.

Minister Dr. Falk: Allerdings ist kein Bischof freigesprochen, weil nach menschlichem und juristischem Ermessen der Anklage gemäß keine Freisprechung erfolgen konnte, (Gelächter im Centrum), wohl aber sind Priester freigesprochen worden. Der Gerichtshof ist für alle Kirchen eingesetzt und auch Katholiken sitzen unter seinen Mitgliedern.

Abg. Knörcke bestätigt, daß dieser Gerichtshof auch für die evangelische Kirche gelte.

Abg. Frhr. v. Schorlemer (Mst): Es sitzen zwar Katholiken in diesem Gerichtshof, das sind jedoch solche, die in protestantische Kirchen gehen, ebenso wie der katholische Oberbürgermeister v. Jordanbeck es thut. (Unruhe links.)

Abg. Schröder (Sippstadt) weiß, daß der Gerichtshof auch für die evangelische Kirche gilt und beneidet dieselbe nicht darum; er wolle aber bei der katholischen Kirche davon befreit sein.

Abg. Dr. Lasker konstatirt, daß Herr v. Forkenbeck die evangelische Nikolaikirche als Magistratsperson bei ihrer Einweihung besucht habe. In letzter Zeit sei von Mitgliedern des Centrums oft versucht worden, die Katholizität anderer Mitglieder in Zweifel zu ziehen, es sei dies durchaus unpassend und vor dem Lande müsse ein so angesehener Mann verteidigt werden.

Abg. Dr. Tschow bestätigt, daß katholische und auch jüdische Magistratspersonen an jenem Einweihungstage die Nikolaikirche besucht hätten, da der Magistrat der Patron der Kirche sei.

Abg. Lipke fügt dem hinzu, daß die Einweihungsfeier zugleich mit dem Dankgottesdienst zur Rückkehr des Kaisers am 8. Dezember stattgefunden hat.

Abg. Frhr. v. Hammerstein erklärt, daß der qu. Gerichtshof auch für die evangelische Kirche existire und von dieser schwer empfunden werde. (Redner verliest einen Theil einer in ähnlichem Sinn sich aussprechenden Denkschrift). Er werde für den Antrag Schröder stimmen. (Beifall im Centrum).

Abg. v. Schorlemmer (Altst) protestirt gegen den Ton, den der Abg. Lasker angeschlagen habe, derartige Bemerkungen von der „Lehrkanzel“ herab, seien ungeziemend. Er (Redner) habe seine Bemerkung über Herrn v. Forkenbeck nur deshalb gemacht, weil die unwidersprochene Notiz in den Zeitungen stand, daß derselbe als Katholik den Dankgottesdienst in einer evangelischen Kirche gehört habe. Nachdem jetzt die Sache klargestellt sei, nehme er keinen Anstand den Vorwurf zurückzunehmen. (Bravo! im Centrum). — Cap. 114a wird mit großer Majorität genehmigt.

Bei Cap. 115 (Evangelischer Oberkirchenrath bringt Abg. Lipke die Ernennung der Hofprediger Kögel und Baur zur Sprache. Er bitte den Herrn Minister um die Erklärung, daß diese Ernennung keine Aenderung der Verhältnisse herbeiführen werde.

Abg. Windthorst (Meppen) findet es beachtenswerth, daß der Minister die gewünschte Antwort nicht ertheile. Er freue sich über die Ernennung jener beiden Herren und hoffe, daß jetzt ein Umschwung eintreten werde.

Abg. Schumann (Brandenburg) hält es nicht für geeignet, daß dieser Gegenstand hier zur Sprache gebracht sei; es handle sich ja nur um eine rein kirchliche Angelegenheit.

Abg. Dr. Birchow verzichtet an dieser Stelle gern auf diese Diskussion, müsse aber dem Hause das Recht wahren; die Angelegenheit zu erörtern.

Abg. Windthorst (Meppen) wird stets für die Freiheit der evangelischen Kirche eintreten. Eine protestantische Zeitung habe seine Bemühungen dieserhalb anerkannt und zugleich das Centrum aufgefordert für eine Revision des Civilstandsgesetzes zu wirken (Weiterkeit), ob er dem Folge geben solle, werde er sich noch überlegen (Weiterkeit).

Abg. Frhr. v. Minnigerode: Ich bin der Meinung, daß der Herr, der diesen Gegenstand angeregt hat, besser geschwiegen hätte (Sehr wahr! Auf's) und die Thatsache, daß der Herr Minister nicht geantwortet hat, spricht für meine Meinung. Da nun aber einmal die Sache zur Sprache gekommen ist, erkläre ich meine Befriedigung über die Ernennung der beiden Herren. Wenn Herr Windthorst sagt, daß er für die Selbstständigkeit der evangelischen Kirche eintreten werde, so sage ich ebenso offen, daß, wenn wir erst einmal aus der gegenwärtigen Zwangslage befreit sein werden, wir ebenso loyal für die Selbstständigkeit der katholischen Kirche einzutreten bereit sein werden. (Lebhaftes Bravo! im Centrum.)

Abg. Dr. Miquel hält das Haus in der That für berechtigt in formeller Beziehung, den Gegenstand hier zur Sprache zu bringen, glaubt aber nicht, daß ein genügender Grund zu diesem Meinungskampf an dieser Stelle vorhanden gewesen sei. Was die Ernennung selbst betreffe, so sei anzuerkennen, daß jede Partei, also auch die der beiden Hofprediger, im Oberkirchenrath vertreten sein müsse. (Weiterkeit. Widerspruch.)

Abg. Dr. Brühl hat auch noch jetzt hohes Interesse für die kirchliche Frage, hält es aber nicht für opportun, diese Frage in diesem Augenblick hier zur Besprechung zu geben. Er steht in der Frage, da nun einmal die Ernennung erfolgt sei, auf demselben Standpunkt wie der Abg. Miquel.

Abg. Dr. Birchow hält den Kultusminister sehr wohl für verpflichtet, dem Hause über diese Frage genaue Aufschluß zu geben. Bemerkenswerth hält er die Thatsache, daß die Herren von der Rechten schon jetzt auf das zu erwartende Bündniß mit den Ultramontanen spekuliren. Er halte die Wahl der Herren Kögel und Baur für eine schlechte, denn die Herren seien eben deklarirte Gegner des Gesetzes, welches eben vom Hause votirt worden sei und es gehöre eben ein Optimismus dazu, diese Wahl gut zu heißen, der noch größer sei, als der des Abg. Miquel (Weiterkeit).

Abg. Dr. Miquel erklärt, daß er mit der Ernennung durchaus nicht einverstanden sei, daß es aber auch wiederum geboten sei, daß Männer, welche einer so zahlreichen Partei in der evangelischen Kirche angehören, wie die hier in Rede stehenden, im evangelischen Oberkirchenrath sitzen.

Abg. Dr. Windthorst (Meppen) erklärt, daß das Centrum um deswillen in den kirchlichen Fragen für die konservativen Anschauungen Partei nehme, weil es finde,

daß in jenen Kirchen noch Männer sitzen, die Selbstständigkeit und Muth haben und daß dort die Zukunft liege, während alle übrigen Parteien bereits in der Auflösung begriffen seien.

Die Diskussion wird geschlossen und nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abgg. Frhr. v. Minnigerode und Lipke die Position genehmigt.

Rap. 116 (Evangelisches Konsistorium) wird debattelos genehmigt.

Bei Rap. 117 (Evangelische Geistliche und Kirchen) bringt Abg. Schumann wieder die Angelegenheit des Kur- und Neumärkischen Aemterkirchenfonds zur Sprache und bittet den Minister wenigstens eine beruhigende Erklärung dahin abgeben zu wollen, daß mit der Aufhebung dieses verhassten Aemterkirchenfonds endlich einmal der Anfang gemacht werde.

Der Regierungskommissar, welcher auf der Tribüne fast unverständlich bleibt, scheint eine dem Wunsche entsprechende Zusage zu machen.

Die Positionen des Rap. 117 werden genehmigt. Bei Rap. 118 (Bistümer und die zu denselben gehörenden Institute) spricht Abg. Colberg den Wunsch aus, daß in den Strafanstalten der Religionsunterricht, nur von römisch-katholischen nicht aber zum Altkatholicismus gehörigen Personen erteilt werde und erwartet eine dahin gehende Erklärung des Ministers.

Cultusminister Dr. Falk erwidert, daß diese Angelegenheit bei Berathung des Etats des Ministeriums des Innern hätte zur Sprache gebracht werden müssen.

Abg. Windthorst (Meppen) stellt eine derartige Besprechung bei der dritten Lesung des Etats des Ministeriums des Innern in Aussicht (Weiterkeit).

Die Rap. 118, 119 (katholische Konsistorien zu Hildesheim und Osnabrück), 120 (katholische Geistliche und Kirchen), 121 (Provinzialschulcollegien), 122 (Prüfungscommissionen) und 123 (Universitäten) werden genehmigt. Bei Rap. 124 (Gymnasien und Realschulen) wird die Debatte abgebrochen.

Nächste Sitzung Dienstag, Vormittags 10 Uhr. Tagesordnung: Dritte Berathung des Gesetzes über die Abänderung von Bestimmungen des Grundbuchwesens; dritte Berathung der Staatsverträge wegen der Errichtung der Landgerichte; erste Berathung des Gesetzes über den Anlauf der Hamburger Eisenbahn, Uebersicht über Verwaltung der fiskalischen Bergwerke, Hütten und Salinen, dritte Berathung des Gesetzes über die Reorganisation der Domstifter und endlich Fortsetzung der zweiten Berathung des Kultusetats. — Schluß der Sitzung 4 Uhr.

Lucie.

Novelle von M. Widdern.

(Fortsetzung.)

Früher galt es nur ein kurzes Befehlen und auf die schleunigste Art ward ein splendides Souper hergerichtet. Heute dagegen! Die große Speisetammit ihren vielen Regalen war leer, ganz leer, nur in einer Ecke stand ein Teller mit etwas kaltem Hammelbraten, ein halbes Brod lag daneben und ein kleines Stückchen Butter. Das Gesicht des armen Kindes nahm einen unbeschreiblich angestrengten Ausdruck an: „Was wird die Mutter nur sagen, wenn ich sie damit regalire?“ Sie blickte traurig zu Boden, aber was war zu machen? Die Wirtschaftskasse, die die Majorin in Luciens Hand gelegt, weil sie nicht wußte, wie mit dem Wenigen hauszuhalten sei, war beinahe leer, sie enthielt nur noch zwei Thaler und dabei war heute erst der Fünfte — 16 lange Tage fehlten noch bis zum Ersten, an dem sie neu gefüllt werden sollte.

„Nur nicht verzagt,“ flüsterte sie, suchte das Service hervor und bald stand vor der Majorin ein zierlich gedecktes Tischchen; so hübsch war Alles arrangirt, daß Melanie, sich davon angenehm berührt fühlend, über das frugale Souper selbst kein Wort verlor. Es gehörte überhaupt mit zu den Talenten unserer Lucie, daß, was sie gab, in einer Weise zu geben, die dem Auge wohlgefällig war. Es kommt wirklich nicht Allen darauf an, ob der Tisch überladen mit kostbaren Gerichten und seltenen Speisen. Wenn nur die Bewirthung eine aufmerksame, dabei aber nicht zudringliche ist, das Gegebene gut zubereitet und das Arrangement des Ganzen zierlich, sauber und geschmackvoll ist.

Lucie bediente die Mutter, sie strich ihr die Bröckchen, machte den Thee zurecht und erröthete an Melanie's Blicken schon jeden ihrer Wünsche. Die Majorin nahm das hin wie etwas ganz nur Selbstverständliches und bemerkte nicht einmal, daß Lucie darüber ihren Thee kalt werden ließ und schließlich trank, ohne den gehörigen Zucker dazu gethan zu haben. Das arme, junge Wesen mußte ja an Allem sparen und da sie der Mutter soviel wie möglich Entbehrungen fern halten wollte, so mußte sie sich deshalb um so größere Anstrengungen machen. Der Abend verging langsam für die beiden vereinsamten Frauen, die Majorin war immer verstimmt und gereizt seit dem Tode ihres Gatten, sie fühlte sich zu niedergedrückt im Wittwenkleide, es machte sie unglücklich, daß die alten Bekannten sich von ihr zurückzogen, seitdem sie keine Gesellschaften mehr gab und aufhörte, die Tonangebende der Mode hier im Städtchen zu sein. — Lucie ertrug auch heute mit der Geduld eines Engels all ihre launenhaften Einfälle, athmete jedoch erleichtert auf, als Frau Melanie den Wunsch aussprach, sich zur Ruhe zu begeben.

Das junge Mädchen war auch hier ihre Dienerin, nachdem das Kammermädchen mit den übrigen Dienstmädchen entlassen. Das schöne Dichtergedicht Göthe's fand seine volle Beziehung auf unsere Lucie, sie lernte dienen nach

der Bestimmung des Weibes — kein Gang war ihr zu weit, keine Arbeit zu schwierig, daß sie nicht Muth und Zeit dazu fand. Und doch fehlte es diesem anscheinend so trübten Leben keineswegs an Lichtpunkten — da kamen ja Manon's geistreiche, lebensprühende Briefe — auch Raoul hatte nach des Vaters Tode an sie geschrieben und Lucie verwendete an ihn einen wahren Cultus — athmeten doch seine Zeilen die reinsten Religiosität, jenen himmlisch schönen Glauben, den der Messias selbst uns in seinem Leiden und Sterben gelehrt. Und dann — wenn die Nacht ihren dunklen gestirnten Mantel über die Erde geworfen, Alles schlief und träumte, brach für Lucie die Sabbathfeier an — sie saß am Schreibtisch des Vaters, ihre Wangen glühten — o, man sah es dieser Stirn, diesem lächelnden Munde, dem begeisterten Auge wohl an, es war der Genius einer schönen Seele, der hier schaffte und wirkte. —

Lucie von Trautenberg war trotz ihrer Sanftmuth, ihres gewiß echt weiblichen Naturells doch ein Character und was sie einmal beschlossen und von Vormund und Mutter gebilligt wurde, das führte sie auch ins Werk und brachte es zur Vollendung. Trotzdem es ihr leicht selbst schwer fiel, statt des Seminars den Kindergarten zu besuchen, ging sie doch entschlossen ihrem Ziele entgegen. Mit Eifer lernte sie, was sich irgend für sie zu lernen fand und besonders waren es die pädagogischen Vorfälle, denen sie sich mit voller Hingabe widmete.

Was Fröbel, dieser große Kinderfreund, gesagt, das fand sein Echo in ihrem eigenen Herzen, um so mehr, da sie wirklich Liebe für die Kleinen empfand. Inzwischen hatten die pecuniären Kalamitäten im Hause der Majorin immer merklicher sich gesteigert, für Lucie am bittersten, denn auf ihren jungen Schultern ruhte ja die ganze Last. Die Einkünfte der Majorin waren nicht ganz unbedeutend, aber sie standen dennoch in gar keinem Verhältnisse zu dem, was sie allein für ihre Toilette ausgab, obgleich sie stets meinte, sie kleide sich jetzt kaum wie die Frau eines niederen Handwerkers. Lucie war in furchtbarer Angst und Sorge — der einzige Mensch in der Stadt, zu dem sie Vertrauen hatte, war der Director des Kindergartens, und an ihn wandte sie sich denn auch in ihrer Verzweiflung und bat ihn um einen Rath — sie wollte und mußte schon erwerben, während sie noch sein Institut besuchte, eben wie, wodurch?

Der alte Herr wiegte ernsthaft sein graues Haupt: „Nehmen Sie es mir nicht übel, liebe Lucie,“ sagte er, „aber Ihre Frau Mama ist eine Verschwenderin — sie muß sich aber mehr einschränken!“

„Nein, nein, Herr Director — ich kann unmöglich von ihr verlangen, daß sie sich noch größere Entbehrungen auferlegt!“

„So — ah!“ Der alte Herr streichelte liebevoll ihre schmale, bleiche Wange, „Sie sind ein gutes Kind!“ sagte er liebevoll — „Lassen Sie mich ein wenig nachdenken. — Ah — sieh da — besitzen Sie nicht musikalisches Talent? Ich hörte neulich eine Sonate von Ihnen, die wirklich meisterhaft vorgetragen wurde — geben Sie doch Unterricht in der Musik?“

Das ginge nur für Anfänger, es fehlt mir an musikalischem Gehör.

Der Director nahm seine Tabakdose aus der Tasche und schnupfte bedächtig ein Pricken: „So — so — nun an solche könnte ich Sie ja nur weisen — begnügen sie nur getrost und machen Sie mit meinem kleinen Töchterchen den Anfang.“ Jetzt war nun also ein Erwerbszweig gefunden, der viel dazu beitrug, wenigstens die wirkliche Noth dem Hause der Majorin fern zu halten. Hätte unsere Lucie übrigens sich stark genug gefühlt, um auch den älteren Kindern Musikunterricht zu geben, vielleicht würde sie die Idee, Kindergärtnerin zu werden, ganz aufgegeben haben, so aber blieb sie fest bei dem einmal gefaßten Entschluß. Jetzt in steter Thätigkeit flog die Zeit nur zu schnell an ihr vorüber, sie hatte ehe sie es sich versah, ihr Studium beendet und ihr Examen trefflich bestanden. Nun galt es, sich in anderer Weise für den erneuerten Fortgang aus dem Vaterhause vorzubereiten, sie mußte ihre Garderobe in Ordnung bringen, wozu ihr das brave alte Lieschen die immer hilfsbereite Hand bot, diesmal ohne den Lohn anzunehmen, den Lucie ihr bot.

Und so kam sie denn eines schönen Tages auch in das Haus der Majorin, in ihrer großen, grünen Tasche die Naht und ihr Handwerkszeug, sie war diesmal seelenvergnügt, für Lucie zu arbeiten sei eine wahre Herzenswonne, meinte sie. Viel Neues gab es freilich nicht zu thun, das kostete zu viel, aber aus Mama's abgelegten Kleidern ließ sich doch schon für ein anspruchsloses junges Mädchen wie Lucie eine recht stattliche Garderobe herrichten. — Die Majorin hatte sich an diesen Tagen mit ihrer Geschäftigkeit und unvermeidlichen Unordnung in das äußerste Ende ihrer jetzt nur aus 3 Zimmern bestehenden Wohnung zurückgezogen, Lieschen äußerte insgeheim unumwunden, die Majorin ärgere sich nur, daß um Lucie's willen nun auch einmal das unterste zu oberst gefehrt werde.

„Na Fräulein,“ sagte sie, als die Beiden so gemüthlich in Luciens Zimmer hinter dem großen Tische saßen, auf dem es in wirrem Durcheinander in unzähligen Lappchen und Lappchen lag. „Na Fräulein, danken Sie Gott, daß Sie aus dem Hause kommen — hier blüht Ihnen doch kein Glück — ja, wenn der Herr Major noch lebte —!“

(Fortsetzung folgt.)